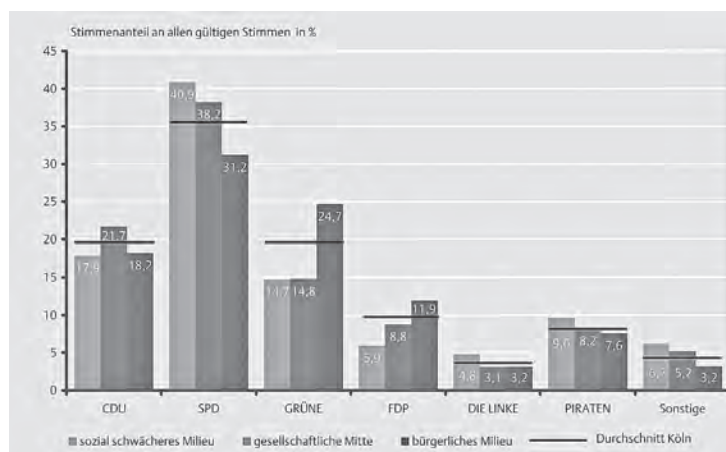
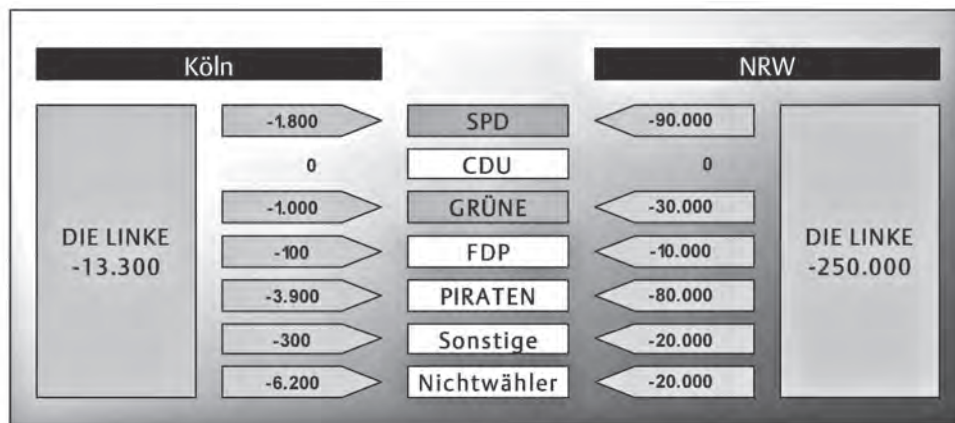


Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *Parteitag Die Linke: Neue Kultur und Strategie gesucht – S. 3*
- *Norwegen: Die Staatskirche wird abgeschafft – S. 7*
- *Mannheim: Rieseninteresse am Zukunftsthema schulische Inklusion – S. 12*
- *Tarifabschluss im Zeichen der Bankenkrise – S. 16*
- *Landtagswahl in NRW: Bewertungen und Analysen – S. 18*

Mit Beilage „Ergebnis und Materialien“, Jahrestagung 2012

Ausgabe Nr. 6 am 15. Juni 2012, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11/ 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Letzte Seite: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Vertrieb: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- ☐ 1 Ausgaben für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- ☐ Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- ☐ Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- ☐ Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

☐ Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Fußball: Das wirkliche Spiel

Auch die geneigte Leserin und der interessierte Leser dieser Zeitung wird sich zur Zeit kaum der Berichterstattung über die Fußball Europameisterschaft entziehen können. Daher soll auch in den „Politischen Berichten“ vom Fußball die Rede sein. Nur, wir wollen hier nicht über die Befindlichkeiten des Bundestrainers räsonieren oder über den jeweiligen Zustand der strammen Waden der jeweiligen Fußballgötter, sondern was diese Waden und die dazu gehörigen Kerle elastisch hält und antreibt: Es ist das große Geld. Von „Financial Unfair Play“ im Fußballgeschäft spricht Karl-Heinz Rummenigge, Chef der Profiabteilung von Bayern München, in einem Interview



Was treibt diese Waden an?

mit dem Fachmagazin „Sponsors“. Als „unfaire“ Wettbewerber identifiziert er „Scheichs, Ölmagnaten und Medizern“. Das wirkliche Fußballfeld wird in der Tat von drei Arten von Fußballinvestoren bestimmt.

Die erste Art ist der industrielle Konzern, der zu seiner Imagepflege eine eigene Sportabteilung betreibt. So Bayer 04 Leverkusen und PSV (Philips) Eindhoven oder der VW-Konzern, der einen lokalen Verein finanziert (VfL Wolfsburg).

Die zweite Art der Investoren sind die spekulativen Geldgeber, die ihren Einsatz langfristig anlegen oder kurzfristig nach Heuschreckenart mehrern will. Wie zum Beispiel Malcolm Glazer, der 2005 Manchester United, den profitabelsten Klub der Welt, erworben hat. Oder ein „Sportunternehmer“ wie Stan Kroenke, Besitzer US-amerikanischer Basketball- und Eishockeyklubs, der zwei Drittel der Anteile von Arsenal London erworben hat. 30 Prozent desselben Klubs hält die „Red and White Holdings“ des russischen Oligarchen Alischer Usmanow.

Dieser repräsentiert zugleich die dritte Sorte von Investoren, den „Sugar Daddy“, der einen Klub nicht kauft, um sein Kapital zu mehren, sondern um sein Ego zu pflegen. Meist kommt er aus Russland oder der Golfregion. Wie zum Beispiel Roman Abramowitsch,

der seit 2003 eine Milliarde Euro in den FC Chelsea gesteckt hat, oder Scheich Mansour bin Zayed al Nahyan, Chef der Arab Investment Company (Abu Dhabi), der seit 2008 Manchester City aufrüstet. Bevorzugtes Spielfeld – der Kapitalanleger ebenso wie der Sugar Daddys – ist die englische Premier League, in der sämtliche Klubs bereits in Privatbesitz sind. Arabische Investoren kaufen sich neuerdings auch in Frankreich (Paris St. Germain) und in Spanien (FC Malaga) ein.

Karl-Helmut Lechner

Quelle: Le Monde diplomatique, Juni 2012-06-11

EU-Innenminister wollen Grenzregime verschärfen

maf. Die Innenminister der EU-Länder haben Anfang Juni in Luxemburg vereinbart, dass EU-Länder Grenzkontrollen einführen dürfen. Die entsprechende Gesetzgebung ist Sache der Einzelstaaten. Das EU-Parlament – es protestiert fraktionsübergreifend und will vor Gericht ziehen – soll nicht beteiligt werden. Die Bestrebungen der Innenminister beunruhigen. Sie erwarten politische Instabilität und Fluchtbewegungen, die weit über den gegenwärtigen Zustand hinausgehen und mit einer befristeten Schließung von Grenzen für eine Dauer bis zu zwei Jahren beantwortet werden sollen. Der Fall soll eintreten, wenn EU Länder mit EU-Außengrenzen Flüchtlingsströme nicht abweisen wollen oder können. Es wird sich zeigen, dass die Schließung einer Grenze das ganze Personenkontrollsystem aufleben lässt und geeignet ist, das Bürgerrecht auf Freizügigkeit und freie Wahl des Wohnortes in der EU auszuhebeln. Im Spannungsfeld zwischen bürgerrechtlich/rechtsstaatlicher und polizeistaatlicher Konfliktbewältigung zeigt sich das EU-Parlament auf der Seite der Bürgerrechte, während die nationalstaatlichen Vertreter der Exekutive nach Polizeivollmacht streben. Es scheint, als ob die Verfassungen der einzelnen EU-Staaten die Bürger vor dieser Entrechtung nicht schützen, während sich das EU-Parlament auf die EU-weiten Grundrechte berufen kann und auch beruft.

Griechenland vor der Wahl

maf. Zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe stand die griechische Parlamentswahl noch aus. Unklar ist, was geschehen soll, wenn auch diese Wahlen nicht zu einer Regierungsbildung führen. Diese Situation kann eintreten. Die Parteien, die den mit EU und IWF vereinbarten Staatsumbau verrichten wollen, beziehen sich auf die Mehrheit, die in der EU und „im Euro“ bleiben

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

will, wobei es um gelinden Wohlstand und leidliche Rechtssicherheit geht. Genau um die Verletzung dieser Ansprüche durch das sogenannte Reformpaket gruppiert sich ebenfalls eine Mehrheit, denn das Maßnahmenbündel belastet die Armut materiell und ideell. Die Direktorin des IWF, Christine Lagarde, weist auf das unzulängliche Besteuerungssystem hin. Vermögende können sich in Griechenland ihrer Steuerpflicht weitgehend entziehen. Diese Tendenz gibt es in allen Steuerstaaten, es scheint aber, dass sie das griechische politische System prägt. Es handelt sich um einen Konflikt zwischen dem Recht der Privaten auf Eigentum und der Rechtsordnung die das Eigentum schützt. Die Durchsetzung des Rechts gegenüber den großen Privatvermögen gehört zu den Aufgaben – und historischen Leistungen – des politischen Konservatismus und des klassischen Liberalismus. Im griechischen Wahlergebnis wird sich abbilden, ob die bürgerlichen orientierten Wählerschichten sich dieser Aufgabe stellen wollen.

Europäische Gewerkschaftsforscher sehen Demontage des Arbeitsrechts

eureport-sozial 4/5 2012. hav. Am 20. März stellte das Forschungsinstitut des Europäischen Gewerkschaftsbundes (ETUI) ihre Studie „The crisis and national labour law reforms: a mapping exercise“ vor. Nach dieser Studie gebe es in Europa seit der Finanzkrise 2008 einen Trend zu einer „Demontage“ des Arbeitsrechtes. Es sei somit zweifelhaft, ob die Europa-2020-Strategie das geeignete Instrument zur Bewältigung der sozialen Herausforderungen sei, so der ETUI-Generaldirektor Philippe Pochet bei der Vorstellung der Studie.

Die Studie hat die Reform des Arbeitsrechtes in 24 Mitgliedstaaten untersucht. Obwohl die Veränderungen verschiedenartig seien, lasse sich der allgemeine Ansatz der Reformen des Arbeitsrechtes in den Mitgliedstaaten in die Flexibilisierung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen und die Lockerung der Mindeststandards zusammenfassen. Dazu gehören: Änderungen in der gesetzlichen Arbeitszeit, beispielsweise durch Erhöhung der zulässigen Überstunden oder Verringerung der Vergütung von Überstunden; Zulassung atypische Verträge, zum Beispiel für junge Arbeitnehmer oder die Erhöhung der zulässigen

Laufzeit befristeter Verträge (Kettenverträge); Änderungen beim Kündigungsschutz, die hauptsächlich die Bedingungen für Entlassungen erleichtern sowie Änderungen in den Arbeitsbeziehungen und den Tarifsyste- men, die dazu führen, dass bezogen auf die Arbeitszeit und das Gehalt betriebliche Vereinbarungen zu Lasten nationaler oder sektoraler Vereinba-

rungen getroffen werden können. Die Studie kann in englischer Sprache unter folgendem Link abgerufen werden: <http://www.etui.org/Publications2/Working-Papers/The-crisis-and-national-labour-law-reforms-a-mapping-exercise>.

Kritik an Nahrungsmittelspekulation

hav. Jürgen Klute, Europaabgeordneter der Linken und Koordinator im Wirtschafts- und Währungsausschuss, und Axel Troost, finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Die Linke kritisieren in einer gemeinsamen Stellungnahme die jüngsten Änderungsanträge des verantwortlichen Berichterstatter im Europäischen Parlament zur Überarbeitung der Finanzmarkttrichtlinie MiFID, Markus Ferber (CSU). „Im März forderte Markus Ferber noch die verpflichtende Einführung von Positionslimits für Rohstoffmärkte, so dass für Lebensmittel-derivate und andere Produkte nur noch bestimmte Mengen pro Händler gehalten werden dürfen. Nun ist bei ihm nur noch von Positionskontrollen die Rede: Börsen und anderen Handelsplätzen erhalten damit das Recht, Limits zu verhängen. Herr Ferber kehrt damit zum alten neoliberalen Dogma zurück: Der Markt wird sich schon selber regulieren. Was dabei herauskommt, dürfte klar sein: nichts. Welcher Marktplatz hat schon ein Interesse daran, seinen Umsatz einzugrenzen? Was wir brauchen, sind scharfe Positionslimits vor allem für all die Finanzmarktakteure, die keinerlei Interesse an Weizen und andere Produkten haben. NGOs wie Attac, Foodwatch, WEED oder Oxfam fordern solche Limits seit langem, um die Spekulation mit Nahrungsmitteln einzuschränken.“

Nach einer Studie von Oxfam haben deutsche Geldhäuser im letzten Jahr 11,395 Milliarden Euro in Agrarrohstoffe investiert. Die Summe macht etwa ein Sechstel des weltweiten Anlagevermögens aus. An vorderster Front steht dabei der Versicherungskonzern Allianz. 6,242 Milliarden Euro soll das Münchener Unternehmen im Jahr 2011 in fünf Fonds gesteckt haben, die direkt oder indirekt mit Agrarrohstoffen spekulieren. Seit 2008 habe sich das Kapital, das die Allianz in Agrarrohstoffen anlegt, mehr als vervierfacht, teilte Oxfam in einer Pressemeldung mit. Die Studie von Oxfam ist unter folgender Internetadresse zu finden: www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/20120511_mit-essen-spielt-man-nicht.pdf

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheinen in Abänderung zur ursprünglichen Planung in drei Wochen am 6. Juli 2012, Redaktionsschluss: Freitag, 29 Juni.

Inhalt

Aktuelle Meldungen	2
Fußball: Das wirkliche Spiel • EU-Innenminister wollen Grenzregime verschärfen • Griechenland vor der Wahl • Europäische Gewerkschaftsforscher sehen Demontage des Arbeitsrechts • Kritik an Nahrungsmittelspekulation	
Die Linke: Neuer Parteivorstand gewählt, neue Kultur und Strategie gesucht	4
Hamburg: Nach Volksinitiative Transparenzgesetz beschlossen	6
Norwegen: Die Staatskirche wird abgeschafft	7
Auslandsnachrichten	9
Streikverbot in der Türkei • Neuer Europäischer Industriearbeiterverband • Norwegen: Erfolge für Hotel- und Restaurantbeschäftigte • IUL-Kongress: „Wir sind die 53!“ • Nestlé Nicaragua: Druck auf weibliche Beschäftigte	
Aktionen ... Initiativen	10
Ärztetag erkennt Unrecht der NS-Medizin an • 30 000 bei Blockupy-Demo gegen europaweites Spardiktat • Forderungen der AKW-Gruppen an den neuen Umweltminister • Initiativen für den europaweiten Atomausstieg • Atomwaffen werden nicht aus Deutschland abgezogen • Amnesty: „Den weltweiten Waffenhandel kontrollieren!“ • Deutsche Bank muss Rohstoffwetten beenden • Vertragsverletzungsverfahren bei der Vorratsdatenspeicherung künstlich hochgespielt	
Rieseninteresse am Zukunftsthema schulische Inklusion	12
Neonazis in Bayern präsenter als zugegeben	13
Kommunale Politik	14
Linke unterstützt geplantes Bürgerbegehren gegen Bibliothekenschließung: Essen. • Die Linke in Südniedersachsen weiterhin gegen Großkreis: Göttingen. • Haushaltssanierung ohne Sozial- und Stellenabbau und Privatisierung: Duisburg. • Antrag der Linksfraktion für mehr Stellen in der Bezirkssozialarbeit doch noch erfolgreich: Aachen. • Stadtspitze will bei Bildung und Soziales kürzen! Köln. • Finger weg von der Wohnraumförderung! Wuppertal. • Erfolg für die Mieterinnen und Mieter. Hamburg. • Keine Wohnungsprivatisierung! Kassel. • Restmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket direkt auszahlen! Darmstadt. • Haushaltskonsolidierung ohne Zwangsmaßnahmen: Lübeck.	
Tarifabschluss im Zeichen der Bankenkrise	16
IG Metall zieht Leihbeschäftigte aus Niedriglohnzone heraus	16
Wirtschaftspresse	17
Krachende Niederlage für die CDU und für Die Linke	18
SPD, Piraten und Linke haben ähnliche Wählerklientel in Köln	18
Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 13. Mai 2012 – Wahlbericht und erste Analyse	20
Das Beschäftigungspaket der EU-Kommission	22
Sommerschule der ArGe „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ in Erfurt	24

Neuer Parteivorstand gewählt, neue Kultur und Strategie gesucht

Die Vorbesprechungen am Abend vor dem Parteitag in der Lokhalle Göttingen konnten unterschiedlicher kaum sein. Oben im Intercity-Hotel trafen sich die Strömungen Antikapitalistische Linke und Sozialistische Linke und schworen ihre Delegierten auf die Vorstandswahlen ein. Der gemeinsame Tenor: Dietmar Bartsch muss verhindert werden! Verteilt wurde eine Liste mit 35 Namen, die für den Vorstand unterstützt werden sollten – und niemand sonst.

Unten hatten die Initiatoren des Aufrufs „Wir sind die Linke“ eingeladen. Hier wurde es abgelehnt, Wahl„empfehlungen“ auszusprechen oder festzuzurren, stattdessen gab es eine inhaltliche Debatte zur Krise der Partei Die Linke und sowohl Dora Heyenn, Katja Kipping, Bernd Riexinger und Dietmar Bartsch beteiligten sich an der Diskussion – und hörten einander zu.

Der Parteitag Die Linke fand am 2. und 3. Juni in der schwersten Krise der Partei Die Linke seit ihrer Gründung statt. Nachdem sie im vergangenen Jahr in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz den Einzug in die Landtage eindeutig verpasst hatte, wurde in diesem Jahr Die Linke in Schleswig-Holstein und NRW nicht wieder in die Landtage gewählt. Dabei waren die Ergebnisse mit 2,3 bzw. 2,5 % der Stimmen noch deutlich schlechter als erwartet. Der scheinbar schwungvolle Westaufbau ist vorerst gestoppt. Doch auch in den neuen Bundesländern ist die Lage nicht rosig. Wahlerfolge bei den Bürgermeisterwahlen in Thüringen stehen leichte Verluste bei der Bürgerschaftswahl in Berlin und sinkende Umfragewerte gegenüber.

Ein Erfolg bei den Bundestagswahlen, die spätestens 2013 stattfinden, ist nicht sicher – das sah auch ein großer Teil der rund 550 Delegierten so. Dass ein Einzug nur über die starken Ergebnisse in den neuen Bundesländern gesichert werden kann – darüber spricht ein Teil der Delegierten dennoch lieber nicht. Dabei muss man berücksichtigen, dass die alten Bundesländer im Verhältnis zu ihrer Mitgliedszahl durch die gültigen Übergangsregelungen weit überproportional vertreten waren.

Ungeschminkte Zerrissenheit

Der Parteitag begann am Samstag mit einer Rede des noch amtierenden glücklosen Vorsitzenden Klaus Ernst.

Gesine Löttsch war schon vor gut zwei Monaten aus persönlichen Gründen als gleichberechtigte Vorsitzende zurückgetreten. Es folgte eine Generaldebatte, in der einige Delegierte engagiert die Situation ansprachen. Diana Golze aus Brandenburg verteidigte z.B. vehement die Politik der rot-roten Landesregierung und verwahrte sich sehr emotional dagegen, für die auf Reformen und konkrete Verbesserungen setzende Politik des Landesverbandes Die Linke in Brandenburg als „Parteirechte“ angegriffen zu werden.

Auch Gregor Gysi hielt eine sehr offene, vor allem nach innen gerichtete Rede. Er führte aus, dass der Zusammenschluss von WASG und PDS „nicht gelungen“ und „die Vereinigung nicht erreicht“ sei. Die organisierten Strömungen hätten sich zu „Personalvertretungen bzw. Kaderkommissionen“ entwickelt. Er führte zwar aus, dass eine Trennung besser sei, wenn man nicht zusammen kommt und das Klima „von Hass bestimmt“ sei, wie in der Bundestagsfraktion. Er warb letztlich aber für Pluralismus und Dialog zwischen den Anhängern des Modells der „Volkspartei“ im Osten und der „Interessenpartei“ im Westen, zwischen dem „Gewerkschaftsflügel“ und den „unabhängigen Linken“. Gysi wandte sich in seiner von vielen Delegierten aus dem Osten als befreiend empfundener Rede auch gegen eine strategische Ausrichtung „wir allein gegen alle“ und kritisierte damit indirekt auch Oskar Lafontaine.

Lafontaine konterte mit einer als teilweise aggressiv empfundenen Rede, in der er den Kurs der letzten Jahre verteidigte und die innerparteiliche Diskussion schroff als Diskussion um „Befindlichkeiten“ abtat. Als Argument, warum eine Spaltung nicht anstünde, musste das im letzten Herbst mit 96 % der Stimmen verabschiedete neue Grundsatzprogramm erhalten – das ja eigentlich mehr ein „Gemischtwarenladen“ ist, das unterschiedlichsten Ansätzen viel Raum für alles Mögliche lässt.

Das Tischtuch zwischen Gysi und Lafontaine ist zerschnitten, kommentierten die Medien.

Ungleiche Gewichte auf dem Parteitag

	Mitglieder	Delegierte
Neue Länder	42 200	280
Alte Länder	25 600	220
AGs, IGs etc.		50

Die Reden können im Internet unter www.die-linke.de nachgelesen werden.

Katja Kipping und Bernd Riexinger neue Parteivorsitzende

Die Wahlen zum Parteivorstand waren so offen wie noch nie zuvor auf einem Parteitag. Als Parteivorsitzende wurde schließlich Katja Kipping aus Sachsen gewählt (67,1 %), die Hamburger Fraktionsvorsitzende Dora Heyenn unterlag eindeutig (29,3 %). Katja Kipping hatte dabei auch sehr deutlich für Pluralismus und für ein Zusammenspiel von Widerstand, antikapitalistischer Kritik und konkreten Reformzielen geworben. Zum Parteivorsitzenden wurde der erst vor wenigen Tagen in den Ring gestiegene Verdi-Bezirksleiter Bernd Riexinger aus Baden-Württemberg gewählt (53,5 %), Dietmar Bartsch unterlag knapp (45,23 %) – ein Ergebnis, an dem man nicht vorbei kommt.

Riexinger wurde ausdrücklich von Oskar Lafontaine unterstützt. Seine Rede hätte gut auf eine Betriebsversammlung oder Gewerkschaftskundgebung gepasst – Parteaufbau ist jedoch etwas anderes, als der Aufbau einer Gewerkschaft, die sich täglich in der harten Konfrontation zwischen Kapital und Arbeit bewähren muss. Allerdings hob Riexinger ebenso wie Bartsch hervor, dass es gerade im Westen notwendig ist, die Partei von unten, über die Kommunalpolitik aufzubauen und dort vor allem eine konkrete, inhaltliche Politik entwickelt werden muss.

Zu stellvertretenden Parteivorsitzenden wurden Sahra Wagenknecht, die bisherige Bundesgeschäftsführerin Caren Lay, der Hamburger Bundestagsabgeordnete Jan van Aken und Axel Troost gewählt. Axel Troost hatte dabei deutliche Unterstützung aus dem „Reformer-Lager“. Er ist einer der Initiatoren von „Wir sind Die Linke“. Zum Bundesgeschäftsführer wurde ohne Gegenkandidat Matthias Höhn aus Sachsen-Anhalt gewählt, einer der ausgewiesenen Unterstützer des Forums Demokratischer Sozialismus (fds). Zum Schatzmeister wurde gegen Heinz Bierbaum (Saarland) der bisherige Schatzmeister Raju Sharma gewählt. Er steht gerade auch nach Ansicht vieler Mitarbeiter/innen aus dem Parteiapparat für eine solide Finanzwirtschaft.

Zu den weiteren Vorstandsmitgliedern gehören Vertreter unterschied-

lichster Richtungen, u.a. auch wieder Halina Wawzyniak und Katina Schubert aus Berlin, neu auch der Berliner Landesvorsitzende Klaus Lederer. Leer ging die nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Katharina Schwabedissen aus, die gemeinsam mit Katja Kipping eine „Frauenspitze“ angeboten hatte. Katharina Schwabedissen, der viele Delegierte vor allem fehlende Selbstkritik vorwarfen, hatte ihre Kandidatur für den Parteivorsitz zurückgezogen, nachdem Dietmar Bartsch und Bernd Riexinger gegeneinander antraten, und scheiterte zweimal bei der Wahl zur stellvertretenden Parteivorsitzenden – letztlich auch daran, dass Sahra Wagenknecht kandidierte, die ebenfalls Mitglied im Landesverband NRW ist, Schwabedissen zunächst aber immer bestärkt hatte.

Steuerfinanzierte Mindestsicherung

Wenig beachtet, aber durchaus wichtig, waren einige inhaltliche Entscheidungen des Parteitages. Ein Beschluss gegen Werkverträge unterstützt die entsprechende gewerkschaftliche Kampagne. Mit jeweils vier Für- und Gegenreden wurden jedoch auch sehr weitreichende Beschlüsse gefasst, die letztlich eine Abkehr von der versicherungsfinanzierten sozialen Sicherung sind. So soll Hartz IV durch eine Erwerbslosenversicherung ersetzt werden, die eine individuelle, sanktionsfreie Mindestsicherung von zur Zeit 1050 Euro schaffen soll, und eine Mindestrente von 1050 Euro soll ebenfalls eingeführt werden. Anträge, die Mindestsicherung auf zur Zeit 900 Euro festzuschreiben, die auch von den Fachsprechern der Bundesfraktion unterstützt wurden, hatten keine Chance.

Bei beiden Beschlüssen geht es letztlich um eine gewaltige Umverteilung von etlichen Milliarden. Über diesen Systemwechsel kann man diskutieren, die Diskussion führt in Richtung der auch von Katja Kipping oder den Piraten vertretenen Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen. Dass die Entscheidung mehr oder weniger „nebenbei“ fiel, durch Änderung des Leitantrages, ist jedoch inakzeptabel. Die Diskussion ist im Grundsatzzprogramm ausdrücklich als offen gekennzeichnet. Da kommen Zweifel am Willen zu einer „neuen Kultur“ auf, die der neue Parteivorstand zu Recht wieder herstellen will.

Für eine neue, solidarische und pluralistische Streitkultur

Solche Zweifel kann man auch an anderen Stellen festmachen. So wurde Bernd Riexingers „Sieg“ von einem Teil des Parteitages mit dem Absingen der Internationale und Schlachtrufen „Ihr habt den Krieg verloren“ gefeiert. In der Generaldebatte hatten mehrere Redner/innen dagegen betont, es dürfe

keine „Sieger“ und „Besiegte“ geben.

Nicht zuletzt dieser abstoßende Vorfall veranlasste die Bundesschiedskommission am Sonntag zu der Erklärung, dass sie sich geschlossen nicht mehr der Neuwahl stellt. Die Fülle von über 340 Verfahren in zwei Jahren sei ehrenamtlich nicht mehr zu bewältigen. Die Bundesschiedskommission stellte ernüchternd fest, „... dass unsere Bemühungen nicht zu einer maßgeblichen Befriedung der Konflikte in unserer Partei geführt haben. Die

Aus dem Aufruf: „Wir sind Die Linke“

... Die unterschiedlichen Wahlerfahrungen zeigen: Der Weg zu einer dauerhaft starken Linken ist länger, widersprüchlicher und fragiler, als es uns anfangs schien ... Wir waren berauscht vom Erfolg und haben zu wenig Sorgfalt darauf verwandt, das Netz unserer Partei zu festigen, die Fäden zu stärken und sie in die Gesellschaft einzuweben ...

Ja – wir haben es mit einer wirklich gefährlichen Situation für unsere Partei zu tun. Noch (!) ist nicht das Projekt einer

Kommentar in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 4.6. 2012:

... Es fehlt die Richtungsentscheidung

Göttingen, wo die Partei turnusgemäß ihre Führung neu wählen sollte, zeigte überscharf, was inzwischen überall bekannt ist: Die Linkspartei müsste dringend eine Richtungsentscheidung treffen, aber sie hat weder die Kraft, ein überzeugendes Führungsteam zu wählen, noch die Kraft, zu definieren, worin die Zentrifugalkräfte eigentlich bestehen ...

Ost oder West, linksradikal oder pragmatisch, SPD-geneigt oder auf ewig oppositionsfixiert – das sind gar nicht die Fragen, vor deren Beantwortung sich die Linkspartei drückt ... Die Linkspartei hat zu entscheiden, ob sie doktrinär sein, ob sie immer Recht haben, ob sie Andere ausschließen, ob sie also stalinistisch sein will. Die ‚Parteirechten‘ kämpfen um die Luft, die innerparteiliche Demokratie in jeder Partei braucht, darum, dass offen und ohne Angst gestritten werden kann. Der Widerstand gegen die Lafontainesche Haltung des „Wir gegen alle“, die nun seine Gefährtin Sahra Wagenknecht als einzig realitätstüchtige verteidigt, ist der Kampf um die Demokratie im Sozialismus.

In Göttingen ist dieser Kampf abermals verloren worden ... Zerrissenheit bleibt das Charakteristikum der Linkspartei: „Solidarisch, gerecht, demokratisch, friedlich“ hieß das Motto. Wer dort war, weiß nicht, ob's zum Lachen oder Weinen ist.

Art und Weise der Kandidatensuche im Vorfeld dieses Parteitages, die persönlichen Vorwürfe und auch die Reaktionen im Zusammenhang mit den Wahlergebnissen gestern Nacht lassen uns befürchten, dass die Konflikte mit diesem Parteitag keineswegs beendet sind. Deshalb müssen wir davon ausgehen, dass der Verfahrensumfang nicht abnehmen wird ...“

Nach der Satzung kann und wird die Bundesschiedskommission ihre Aufgaben bis zum Ende des Jahres wahr-

Partei der Linken in Deutschland in Frage gestellt – aber die Art und Weise, wie wir bislang diese Partei gestaltet haben, muss grundlegend auf den Prüfstand ... Die Verantwortung für die Situation, in der sich unsere Partei befindet, ist nicht einzelnen Personen oder Gruppierungen in unserer Partei zuzuschreiben ... Fünf Jahre nach der Gründung der Linken sind wir unserem Selbstverständnis nach zwar eine plurale Partei und auch unsere Zusammensetzung ist von einem relativ breiten Spektrum gekennzeichnet. Diesen Pluralismus fruchtbar zu machen verlangt indes, dass wir solidarische Umgangsformen entwickeln und lernen, die in unserer Partei bestehenden Unterschiede durch offene und sachbezogene Debatten produktiv zu machen. Davon sind wir noch weit entfernt – ebenso davon, die Vielfalt der Politikansätze zu nutzen, um sehr unterschiedliche Wähler/innen anzusprechen. Eine Partei, die über zehn Prozent der Wähler/innen erreichen will, muss es verstehen, verschiedene Milieus und Schichten anzusprechen und an sich zu binden ... Zwei Lernaufgaben sind ... schleunigst zu erfüllen: Auf der einen Seite müssen wir die teilweise in unserer Partei vorhandene Logik „Wir gegen alle/Wir haben die einzige Wahrheit“ schnell und dauerhaft überwinden ... Auf der anderen Seite müssen wir immer wieder und Schritt für Schritt lernen, die Grenzen der „Realpolitik“ zu erweitern, indem wir uns in soziale Kämpfe einbringen und dazu beitragen, gesellschaftliche Konflikte zu führen ...

Die Linke muss zu sich selber finden – von ihren bisherigen Kernbotschaften ausgehend die Fähigkeit entwickeln, die soziale Frage in den Themen und Herausforderungen dieser Gesellschaft zu erkennen, zu benennen und in politische Optionen zu überführen. Die Partei Die Linke sind wir alle.

Initiator/-innen: Hüseyin Aydin (NRW); Joachim Bischoff (Hamburg); Carolin Butterwege (NRW); Rico Gebhardt (Landesvorsitzender, Sachsen); Thomas Händel (MdEP, Brüssel); Cornelia Möhring (MdB, Schleswig-Holstein); Kornelia Möller (MdB, Bayern); Gabi Ohler (Parteivorstand, Thüringen); Björn Radke (Schleswig-Holstein); Bodo Ramelow (LT-Fraktionsvorsitzender, Thüringen); Paul Schäfer (MdB, NRW); Christoph Spehr (Landessprecher, Bremen); Axel Troost (MdB, Sachsen). Der Aufruf hatte schon beim Parteitag weit über 1 000 Unterzeichner/innen. Vollständig unter: wirsinddielinke.wordpress.com/2012/05/16/hello-world

nehmen. Danach gibt es keine mehr, bis zu einem neuen Parteitag.

Wie es weitergeht, ist auch nach dem Parteitag offen. Man kann darüber streiten, ob die Bedingungen für eine Konsolidierung nun besser sind als vorher. Da es die unterschiedlichen strategischen Ausrichtungen in der Partei nach wie vor gibt, kann man die Antwort auf die Frage höchstens an den Personalentscheidungen festmachen. In der Presse wurde spekuliert, ob Oskar Lafontaine nun Spitzenkandidat für die Bundestagswahl werden will. Er selbst hatte dem bei seiner Erklärung zum Rückzug von der Kandidatur zum Parteivorsitz jedoch recht deutlich eine Absage erteilt.

Der Schlüssel zum Erfolg der Partei

Hamburger Bürgerschaft

Nach Volksinitiative Transparenzgesetz beschlossen

Am 13.6. beschloss die Hamburgische Bürgerschaft einstimmig ein Transparenzgesetz, das das bisherige, im Bundesvergleich bereits recht weitreichende Informationsfreiheitsgesetz ablöst. Das Gesetz tritt in drei Monaten in Kraft, das mit ihm beschlossene Informationsregister soll innerhalb von zwei Jahren umgesetzt werden. Zum Inhalt des Gesetzes und zu seinem Werdegang dokumentieren wir einen Artikel von Michael Hirdes, Mitglied im Chaos Computer Club und als Vertrauensperson des Clubs an der Ausarbeitung des Entwurfs und den Verhandlungen beteiligt. (Quelle: <http://netzpolitik.org/2012/hamburgische-buergerschaft-beschliesst-transparenzgesetz>) Daran anschließend dokumentieren wir leicht gekürzt die Rede von Christiane Schneider, Fraktion Die Linke.

Das Gesetz findet sich unter als Drucksache 20/4466 in der Parlamentsdatenbank der Hamburgischen Bürgerschaft (www.buergerschaft-hh.de/parldok/)

Hamburgische Bürgerschaft beschließt Transparenzgesetz

Das Gesetz geht auf eine Volksinitiative der Vereine Mehr Demokratie, Transparency International und dem Chaos Computer Club zurück und wurde von allen in der Bürgerschaft vertretenen Fraktionen als gemeinsamer Gesetzentwurf eingebracht und verabschiedet.

Was beinhaltet das Gesetz? Das Gesetz sieht die Schaffung eines Zentralen Informationsregisters im Netz vor.

Zu den Informationen, die dort von Amtswegen veröffentlicht werden müssen, zählen Sensationsprotokolle, Gutachten, öffentliche Pläne, Geodaten, Subventionsvergaben und Bau- bzw. Abrissgenehmigungen. Veröffentlichungspflichtig sind insbesondere auch alle Verträge über 100 000 Euro, die im weitesten Sinne die öffentliche Daseinsvorsorge betreffen. Wesentliche Unternehmensdaten städtischer Beteiligungen inklusive der jährlichen Vergütungen und Nebenleistungen der Leitungsebene sind ebenfalls verpflichtend zu veröffentlichen. Personenbezogene Daten sowie juristisch klar definierte Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse bleiben aber geschützt. In Zweifelsfällen entscheidet der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit.

Damit dort nicht riesige Datenhalden

Die Linke als bundesweit agierende, sozialistische Partei dürfte im Wiedereinzug in den nächsten Bundestag und der Entwicklung der Parteistrukturen und der kommunalen Präsenz im Westen liegen. Der gesellschaftliche Bedarf für Die Linke ist jedenfalls nach wie vor da. Die SPD wird die mit Hartz IV verbundene gesellschaftliche Ausgrenzung von Armen nicht aufgeben und die Piraten wollen eher eine liberale Partei sein – auch wenn gerade am Erstarken der Piraten deutlich wird, dass Die Linke bestimmte soziale Entwicklungen einfach nicht zur Kenntnis genommen hat. Wird dieser Fehler nicht korrigiert, ist ein Scheitern vorprogrammiert.

Wolfgang Freye

auf Geodaten unter Berücksichtigung des Geodateninformationsgesetzes und des Datenschutzgesetzes. Da bei Gesetzen auf Landesebene höherrangiges Recht (Bundesrecht) immer Vorrang hat, musste die Initiative diese Einschränkung hinnehmen.

Trotz dieser Kompromisse ist das umfassendste und weitest reichende Transparenz- bzw. Informationsfreiheitsgesetz Deutschlands und wahrscheinlich Europas entstanden. Den kompletten Gesetzestext gibt es auf transparenzgesetz.de zum Download.

Die konstruktiven Verhandlungen mit den Parteien und die Einigung auf einen von Initiative und Fraktionen getragenen Kompromiss – ohne den Gang über ein Volksbegehren und einen Volksentscheid machen uns Mut, das Thema Transparenzgesetz in andere Bundesländer und auf Bundesebene zu tragen.

Der Weg zum Hamburger Transparenzgesetz: Juli 2011 – Erstes Bündnistreffen – Entwicklung des Gesetzes in einem öffentlichen Wiki, Einladungen an alle Parteien und Initiativen in Hamburg mitzuarbeiten. 28. Oktober 2011: Anmeldung der Volksinitiative „Transparenz schafft Vertrauen“. 9. Dezember 2011: Einreichung von 15.119 Unterschriften: Volksinitiative erfolgreich. 28. Februar 2012: Öffentliche Anhörung zum Transparenzgesetz im Justizausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft. 30. April 2012: Einreichung eines überarbeiteten Gesetzentwurfes als Basis für ein Volksbegehren im Sommer 2012, dazwischen: Verhandlungen mit Regierung und Fraktionen, Ausarbeitung des Kompromisses. 13. Juni 2012: Verabschiedung des Hamburgischen Transparenzgesetzes in der Bürgerschaft

Die Bündnispartner sind: Mehr Demokratie, Transparency, CCC, Piratenpartei, ödp, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, attac und Omnibus für direkte Demokratie. Unterstützt wurde das ganze von Digitale Gesellschaft e.V., Open Knowledge Foundation, AK Vorrat und GEW. Gefördert von der Stiftung Bridge und der Wau Holland Stiftung.

Christiane Schneider: Demokratie braucht Transparenz

(...) Offenheit und Transparenz sind Grundprinzipien von Demokratie. Demokratie lebt von der Beteiligung jedes einzelnen Bürgers, jeder einzelnen Bürgerin. Mit der Umsetzung des Transparenzgesetzes werden wesentliche Entscheidungsgrundlagen staatlichen Handelns offengelegt. Sie werden damit kontrollierbar, nachvollziehbar, kritisierbar. Kurzum sie werden Gegenstand des politischen Meinungs- und Willensbildungsprozesses und der

Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern auf der einen, Politik und Verwaltung auf der anderen Seite.

Konflikte können früh thematisiert und angegangen werden und nicht erst dann, wenn die Entscheidungen schon halb oder ganz umgesetzt sind. Im Idealfall kann die frühe Einmischung der Bürgerinnen und Bürger Fehlentscheidungen und Fehlentwicklungen korrigieren, die ansonsten sehr teuer werden, wie die schmerzvolle Erfahrung des Baus der Elbphilharmonie zeigt.

Hier wundert man sich über die Stellungnahme der Handelskammer – oder eigentlich auch nicht. Man wundert sich ein bisschen über die Unverfrorenheit, sich über mangelnde Einbindung zu beschweren, nachdem man Gesprächsangebote zwei Monate nicht wahrgenommen hat.

Nicht so sehr wundere ich mich, dass die Kammer das Rücktrittsrecht in § 10 Absatz 2 für inakzeptabel hält. (Die zu veröffentlichenden Verträge sind so zu schließen, dass sie frühestens einen Monat nach Veröffentlichung wirksam werden und die Behörde dann innerhalb dieser Frist vom Vertrag zurücktreten kann. CS)

Wir erleben und erleiden es ja, dass mangelhaft abgeschlossene Verträge

auch Nutznießer haben. Nun sollte sich die Handelskammer jedoch nicht ausgerechnet zum Sprecher der Unternehmen machen, die ganz offensichtlich auf Kosten der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger Superprofite machen. Das Rücktrittsrecht wird präventive Wirkung bei der Gestaltung fairer Verträge entfalten.

Und was den Umgang mit den Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen betrifft, über den sich die Handelskammer besorgt, verweise ich auf den Tätigkeitsbericht Informationsfreiheit 2010/2011. Dort moniert der Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, dass sich die Verwaltungen und Inhaber vermeintlicher Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse längst nicht immer an die klaren Vorgaben der Rechtsprechung halten, sondern dass sie den Begriff des Betriebs- und Geschäftsgeheimnisses so weit auslegen, dass nahezu jedes unternehmensbezogene Datum darunter fallen soll. Gipfel des Absurden war, dass die Grabstätte eines Verstorbenen als Geschäftsgeheimnis des Bestattungsunternehmens qualifiziert wurde. Solchen Absurditäten setzt das Transparenzgesetz mit seiner der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts entlehnten en-

gen Definition des Betriebs- und Geschäftsgeheimnisses ein Ende.

Insgesamt: Der Schritt von der Holtschuld der BürgerInnen zur Bringschuld der Verwaltung bedeutet einen Paradigmenwechsel. Die Erfahrungen zeigen, dass, je schwächer die Informationspflichten sind, desto hartnäckiger sich die Mentalität hält, selbst solche Informationen zu verweigern, die nach der Gesetzeslage gegeben werden müssten. Mit dem Übergang zur Bringschuld, zur proaktiven Veröffentlichung hält die obrigkeitsstaatliche Mentalität des Amtsgeheimnisses, so ist zu hoffen, den Todesstoß.

Profitieren werden die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, profitieren werden die Journalistinnen und Journalisten, profitieren werden auch wir Abgeordnete, die wir oft genug mit unzureichenden Antworten auf unsere Kleinen und Großen Anfragen abgespeist werden. Zukünftig können wir selbst nachschauen, und davon profitiert dann wiederum die Verwaltung.

Wir sehen für uns eine wichtige Aufgabe darin, dafür zu werben, dass die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeiten der Information, der Kontrolle und der Beteiligung an Entscheidungen nutzen.

Norwegen

Die Staatskirche wird abgeschafft

Die norwegische Kirche war bis jetzt eine der letzten Staatskirchen Europas. Im Jahre 1537 wurde das Bekenntnis zum evangelisch-lutherischen Glauben in Norwegen zur Staatsreligion. Ähnlich wie bis vor wenigen Jahren in Schweden und Dänemark war in Norwegen der amtierende König zugleich kirchliches Oberhaupt. Nach fast 40-jähriger Debatte haben sich am 22. Mai 2012 alle Parteien im Stortinget, dem norwegischen Parlament, darauf geeinigt, eine schrittweise Trennung von Kirche und Staat einzuleiten.

Ab sofort gilt der norwegische Staat nicht mehr als konfessionsgebunden. Der Status des lutherischen Bekenntnisses als „öffentliche Religion“ ist abgeschafft. Stattdessen ist künftig von einer „nationalen Kirche Norwegens“ die Rede. 1814 hatte der Staat, in Übereinstimmung mit der Kirche, folgender Formulierung Verfassungsrang gegeben: „Die evangelisch-lutherische Religion ist die öffentliche Religion des Staates.“ Die Formulierung, die jetzt gefunden wurde, lautet: „Das Wertefundament ist unser christliches und humanistisches Erbe.“ Die neue Regelung sieht daher unter anderem vor, daß anstelle des Staates künftig die norwegische Kirche selbst Bischöfe und Propste ernennen kann.

Der norwegische Kirchenrat inter-

pretiert das neue Gesetz als Zeichen für die Gleichberechtigung aller Glaubensgemeinschaften in Norwegen. „Wir wollten diese Änderungen, denn wir leben in einer vielfältigen Gesellschaft, und viele Einwohner dieses Landes sind keine Kirchenmitglieder“, sagte dazu Trude Evenshaug, Sprecherin des Kirchenrats. Rund 85 Prozent der norwegischen Bevölkerung sind protestantisch, nur zwei Prozent sind Katholiken. Aber nur 20 Prozent machen Religion zum Teil ihres Lebens.

Natürlich ist diese Verfassungsände-

rung keine totale „Abschaffung“ der staatskirchlichen Beziehungen, wie sie Human-Etisk Forbund (HEF), der Humanistische Verband Norwegens, seit Jahren fordert. Denn die Evangelisch-Lutherische Kirche Norwegens wird auch weiterhin in der norwegischen Verfassung festgeschrieben sein. Dennoch wird sich die Rolle der Kirche im politischen System Norwegens erheblich ändern. Norwegens König wird nicht mehr dazu verpflichtet sein, die christliche Religion zu verbreiten und zu schützen – aber als Staatsoberhaupt muß er sich weiterhin zum evangelisch-lutherischen Glauben bekennen. Aufgehoben wurde auch eine Regelung, nach der bislang die Hälfte der Regierungsmitglieder Angehörige der Kirche sein mußten.

Ansonsten bleibt vieles beim Alten: Der norwegische Staat finanziert weiterhin die Gehälter von Bischöfen, Dekanen, Priestern und anderen kirchlichen Ämtern. Kirchliche Verwaltungsstrukturen werden immer noch Teil des Staatsapparates sein. Auf einen sehr ärgerlichen Punkt weist der Human-Etisk Forbund hin: Bestehen bleibt das Gesetz, nach dem Neugeborene automatisch zum Mitglied der Kirche Norwegens werden, wenn mindestens ein Elternteil ihr angehört. Die Erklärung beider Elternteile ist erforderlich, um



Ende Mai verabschiedete das norwegische Parlament die Änderung der Verfassung. Künftig werden Bischöfe und andere leitende Funktionen der Evangelisch-Lutherischen Kirche Norwegens von den Kirchengremien selbst ernannt und nicht mehr vom König ernannt. Foto: Bischöfin Helga Haugland und König Harald V., Oktober 2011.

ein derart eingemeindetes Kind von der Kirche abzumelden.

Ingvild Plesner Thorson, Menschenrechtsexperte und Autor mehrerer Bücher über das Staatskirchensystem Norwegens, beurteilte die Veränderungen als keine echte Verfassungsreform. Die Neuerungen führen das bisherige System in leicht abgewandelter Form weiter, so Thorson gegenüber dem Magazin „Fritanke“. Auch von dem Human-Etisk Forbund hieß es, das Land sei noch weit entfernt von einer wirklichen Trennung von Staat und Kirche. Åse Kleveland, Präsident

des Humanistischen Verbandes Norwegens, sieht dagegen in der Reform einen wichtigen Durchbruch, der den Weg für eine künftige echte Trennung bereiten könne.

Laut dem Leiter des Kirchenrats, Jens-Petter Johnsen, ermöglicht es die künftige Rechtslage der Kirche, sich eigenständig zu entwickeln: „Das ist das Beste sowohl für den Staat als auch für die Kirche und die Bevölkerung“. Der Staat könne sich international mit mehr Glaubwürdigkeit für Menschenrechte einsetzen. Die Kirche erhalte ihrerseits mehr Raum für ihre eigenen

Ziele. In einer gemeinsamen Mitteilung des parlamentarischen Ausschusses und der Kirche hieß es, was man bislang als „Staatskirche“ gekannt habe, werde zu einer offeneren und demokratischeren Volkskirche. Svein Harberg, Vorsitzender des Ausschusses, sprach daher von einem „historischen“ Schritt: „Die norwegische Kirche wird damit eine Glaubensgemeinschaft wie andere auch“. *Karl-Helmut Lechner*

Quelle: <http://www.regjeringen.no/nb/dep/fad/dok/regpubl/prop/2011-2012/prop-71-1-20112012/4.html?id=675357>

Geschichtlicher Hintergrund: Die Einheit von Kirche und Staat – ein Ergebnis langer Fremdherrschaft

Wie bei allen Kirchen Skandinaviens kam das Christentum im 9. Jahrhundert in das germanisch-heidnische Gebiet der Bewohner Norwegens durch Missionare der irischen und britischen Inseln, aus Deutschland und Dänemark. Nicht zuletzt trugen auch die Raubzüge der Wikinger mit ihrer Kontaktnahme und den darauf folgenden Ansiedlungen im Bereich der Inseln der Nordsee und des Atlantik dazu bei. Die endgültige Übernahme dieser neuen Religion war Ergebnis einer engen Zusammenarbeit von Bischöfen und Königen, die daran interessiert waren, die bisher selbständigen Stämme der



Olaf Haraldsson, Begründer des christlichen norwegischen Königshauses (1015 bis 1030), wird bis heute selbst von den Lutheranern als Heiliger verehrt.

Nordmänner zu schwächen und ein zentrales Staatsgebilde zu organisieren. In Norwegen schaffte dies mit den üblichen brutalen Bekehrungs- und Unterwerfungsmethoden der bis heute selbst von der Evangelischen Kirche immer noch als Heiliger verehrte König Olaf Haraldsson.

Zunächst war Norwegen kirchlich dem katholischen Erzbistum von Hamburg-Bremen zugeordnet, seit 1103 dem Erzbistum von Lund in Schweden und ab 1152 erhielt es einen eigenen Sitz in Nidaros/Trondheim. Für seine relativ selbständigen Bauern, die sich herausbildenden Adligen und die Krone konnte Olaf eine Erbmonarchie einrichten, die der Kirche auf der Reichsversammlung von 1163 bedeutende Privilegien zusprach: eigene Jurisdiktion und geistliche Investitur mit Einfluß auf die Thronnachfolge. So sollte beim Tode des Regenten das Land als Lehen

an den Heiligen Olaf, sprich die Domkirche von Trondheim, zurückfallen.

Dieses Kirchen-Königtum blieb bis ins 13. Jahrhundert stabil. Mit der Deutschen Hanse wurde über die Küstenstadt Bergen erfolgreich ein Handel betrieben: Norwegen sicherte seinen lebensnotwendigen Bedarf an Getreide aus den Ostseeländern im Austausch gegen Stockfisch aus den eigenen Gewässern. Erst als es Streit um die Privilegien der Hanse und die Besteuerung der Durchfahrt durch den dänischen Sund gab und die Hanse eine Handelsblockade verhängte, führte dies zu einer furchterlichen Hungersnot im Lande. Die Pest kam hinzu und das norwegische Königshaus konnte keinen Nachfolger stellen. Dadurch fiel es 1319 an die schwedische Krone und 1380 übernahm das dänische Königshaus durch geschickte Heirats- und Machtpolitik beide Länder in einer Personalunion. Für über 400 Jahre regierte Dänemark in Norwegen (bis 1814) und für „nur“ 150 Jahre in Schweden (bis 1523). Das bewirkte, dass 1537 die Reformation in Norwegen eingeführt wurde, weil der dänische König Christian III die Evangelisch-Lutherische Konfession für die zukünftige Staatsreligion in beiden Ländern erklärte. Von wenigen Widerständen abgesehen, fügte sich die Mehrheit der Bischöfe und Priester dem politischen und theologischen Beschluss. Klöster und Konvente wurden aufgelöst und die liturgische Ordnung bevorzugte zukünftig weniger das alltäglich gesprochene Norwegisch als vielmehr das als Herrschaftssprache bürokratisch eingeführte Dänisch. In den folgenden 200 Jahren wurden sämtliche Kirchenangelegenheiten über Kopenhagen organisiert, zentral, regional und lokal. Bischöfe, Dekane und Pastoren waren Staatsbedienstete und dem König verantwortlich.

Nach den langen und wirtschaftlich katastrophalen Nordischen Kriegen im 18. Jahrhundert, zwischen Dänemark, Schweden und Russland, ging das Russische Reich unter Peter dem Großen als große Sieger hervor. Schweden konnte den von Dänemark eroberten südli-

chen Landesteil Schonen behalten und als Ersatz für seine zahlreichen Verluste auf der nordischen Landkarte das frei gewordene Norwegen annektieren. Dänemark verlor riesige Gebiete im Ostseeraum und konnte nur seine Atlantischen Inseln bis Island behalten. Die dänisch-norwegische Union wurde aufgelöst und Norwegen geriet bis 1905 unter schwedische Kontrolle. Bei der Übernahme der Regierung durch die Schweden wurde in einer Konstitution 1814 ausdrücklich festgehalten, dass die jetzt „unabhängige“ Evangelisch-Lutherische Kirche stets die Staatsreligion Norwegens bleiben sollte.

In vielen der orthodoxen lutherischen Kirchen in den nordeuropäischen Ländern entstand im 17. und 18. Jahrhundert eine pietistische Bewegung gegen eine erstarrte bürokratische Kirche. Man legte Wert auf einen persönlichen Glauben und forderte, dass ihre Inhalte jedem verstehbar sein sollten – zum Beispiel durch Gesang, Sprache und Gebet. Dieser Pietismus förderte innerhalb des Luthertums vor allem die Bereiche kirchlicher und staatlicher Erziehung in den nun entstehenden zahlreichen Schulen. Zugleich bildete er einen philosophischen Gegenpol zu der im 18. Jahrhundert beginnenden vernunftorientierten Aufklärung. Pietisten wandten sich heftig gegen deren Forderung nach einer Säkularisierung, der Trennung von Kirche und Staat. Diese Richtung hielt sich besonders hartnäckig in Norwegen.

Als Norwegen 1905 endlich die lang ersehnte Unabhängigkeit erhielt, änderte sich an dem Konstrukt einer norwegischen Staatskirche so gut wie nichts. Im Gegenteil: die über Jahrhunderte erduldeten Abhängigkeit von fremden nordischen Staaten führte dazu, historisch wieder auf die frühe Zeit christlich-königlicher Eigenständigkeit und Unabhängigkeit unter dem Heiligen Olaf zurück zu greifen und das alte Modell der Einheit von Kirche und Staat besonders hoch zu halten. Deshalb tut sich das Land bis heute hin mit einer wirklichen Säkularisierung sehr schwer. *Edda Lechner*

Streikverbot in der Türkei

Nachdem die Tarifverhandlungen nach mehreren Monaten zu keinem Ergebnis führten, wollten die Beschäftigten bei den Turkish Airlines (THY) dem Aufruf ihrer Gewerkschaft Hava-Is folgen und in einen Streik treten. Die Antwort der türkischen Regierung auf die Streikvorbereitungen ließ nicht lange auf sich warten. Die Regierungspartei AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) brachte kurzerhand einen Gesetzentwurf, der ein Verbot der Streiks in der zivilen Luftfahrt vorsieht und inzwischen verabschiedet worden ist, ins türkische Parlament ein. Nach dem ersten Tag des Streiks wurde 350 THY-Beschäftigten gekündigt. Seitdem kämpfen sie für die Rücknahme der Kündigungen. Wir rufen die Öffentlichkeit in Europa auf, sich mit ihrem Kampf zu solidarisieren.

Föderation demokratischer Arbeitervereine Genovevastraße 8, 51065 Köln

Neuer Europäischer Industrie- arbeiterverband

Die europäischen Industriegewerkschaften gründeten am 16. Mai 2012 in Brüssel einen neuen Dachverband. Er wird rund sieben Millionen Beschäftigte aus 230 Gewerkschaften vertreten. Der Name der neuen Organisation: IndustriALL – European Trade Union. Zu diesem neuen europäischen Gewerkschaftsverband schlossen sich die Mitgliedsorganisationen des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes (EMB), der Europäischen Föderation der Bergbau-, Chemie- und Energiegewerkschaften (EMCEF) sowie des Europäischen Gewerkschaftsverbandes Textil, Bekleidung, Leder (EGV:TBL) zusammen. Ziel des neuen Gewerkschaftsbundes ist es, Kräfte zu bündeln. Diese „Stärke in Zahlen“ soll künftig der politischen Stimme der Industriebeschäftigten mehr Gewicht geben – gegenüber den EU-Institutionen und den europäischen Unternehmen sowie deren Verbänden.

Quelle: <http://www.proge.at> (Produktionsgewerkschaft Österreich)

Norwegen: Erfolge für Hotel- und Restaurantbeschäftigte

Die der IUL angeschlossene Fellesforbundet (Gewerkschaft des privaten Sektors in Norwegen) hat eine neue nationale Kollektivvereinbarung für Hotel- und Restaurantbeschäftigte ausgehandelt und sich damit über den Widerstand der Arbeitgeber gegen die Gleichbehandlung von Zeitarbeitskräften hinweggesetzt. Die Vereinbarung garantiert Zeitarbeitern und -arbeiterinnen die gleichen Löhne und Bedingungen wie direkt Beschäftigten und legt fest, dass Zeitarbeitskräfte

auch das Recht haben werden, in die für den Betrieb geltende Kollektivvereinbarung einbezogen zu werden. Die Vereinbarung wurde am 19. April nach achtstündigen zähen Verhandlungen im Rahmen eines Vermittlungsverfahrens erzielt.

Die Vereinbarung sieht nach der Geburt eines Kindes auch erstmals zwei Wochen bezahlten Vaterschaftsurlaub vor. Bisher hatten Väter Anrecht auf zehn Wochen bezahlten Elternurlaub, aber die zwei Wochen nach der Geburt waren nicht bezahlt. In diesen Fragen knüpft die Vereinbarung an die Erfolge an, die in früheren Verhandlungen für die Metall-, Textil- und andere durch Fellesforbundet vertretene Sektoren erzielt wurden. Die Hotel- und Restaurantbeschäftigten konnten auf diesen Erfolgen aufbauen und erhebliche Erhöhungen der Mindestlöhne für alle Beschäftigten – qualifizierte wie unqualifizierte – aushandeln, eine wesentliche gewerkschaftliche Forderung in diesem, relativ gesehen, Niedriglohnsektor.

Quelle: <http://cms.iuf.org>

IUL-Kongress: „Wir sind die 53!“

Nestlé, der weltgrößte Nahrungsmittelkonzern (der mit der Übernahme der Babynahrungssparte von Pfizer gerade noch größer geworden ist), hat eine Werbebotschaft für jedes Produkt, eine Routinemaßnahme im Bereich der sozialen Unternehmensverantwortung für jeden Anlass, eine Präsentation für jeden Finanzanalysten und eine Antwort auf jede Frage, bis auf eine. Nestlé kann nicht erklären, wie sich sein Bekenntnis zu den Menschenrechten mit seiner Behandlung der Gewerkschaftsmitglieder in seiner Nescafé-Fabrik in Panjang, Indonesien, vereinbaren lässt. Dreißig Mitglieder der der IUL angeschlossenen SBNIP, eine Gewerkschaft, die seit Jahren für das grundlegende Recht kämpft, die Bedingungen der Beschäftigung ihrer Mitglieder bei Nestlé auszuhandeln, wurden am 5. und 6. Oktober letzten Jahres willkürlich und rachsüchtig entlassen, nachdem die Gewerkschaft eine Vereinbarung mit dem Unternehmen zur Beendigung eines Streiks

wegen festgefahrener Verhandlungen unterzeichnet hatte. Nestlé hat eine unterschiedliche Erklärung für dieses Vorgehen, je nachdem, wer die Frage stellt. Niemandem wird der wahre Grund genannt: die Beschäftigten werden dafür bestraft, dass sie versucht haben, ihre Rechte in einem Land geltend zu machen, in dem solche Bemühungen bei Unternehmensbossen und Personalchefs, die es nicht gewohnt sind, dass ihre oberste Autorität in Frage gestellt wird, auf wenig Verständnis stoßen. Auf dem 26. Kongress der IUL, der am 15. Mai begann, wurde eine neue Phase der Kampagne eingeleitet. Die „Wir sind die 53!“-Kampagne wird einen Nestlé Panjang-Gerechtigkeitsfonds einrichten, um den Arbeitern und Arbeiterinnen und ihren Familien zu helfen, die aufgrund der ungerechten und willkürlichen Maßnahmen von Nestlé in große Not geraten sind.

Quelle: <http://cms.iuf.org> 11.5.2012

Nestlé Nicaragua: Druck auf weibliche Beschäftigte

Die Beschäftigten bei Nestlé Nicaragua, überwiegend Frauen, klagen darüber, dass der ständige Druck auf die Belegschaft einen Anstieg der Berufskrankheiten und Arbeitsunfälle zur Folge hat. Dies war eine wesentliche Schlussfolgerung des ersten einer Reihe von Schulungsseminaren, das am 29. April von der der IUL angeschlossenen Sinprolac, der Gewerkschaft der Fabrik von Nestlé Nicaragua, in Matagalpa veranstaltet wurde. Die Beschäftigten führen die hohe Rate der Schädigungen durch wiederkehrende Belastung in der Fabrik auf die Anwendung des Hochleistungs-Arbeitsprogramms „Nestlé Continuous Excellence“ zurück, das den Wettbewerb unter den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen und eine ständige Erhöhung der Arbeitsbelastung fördert – ohne Erhöhung der Löhne. Mindestens jeder fünfte Beschäftigte der Fabrik leidet an arbeitsbedingten Muskel-Skelett-Erkrankungen und klagt über Atembeschwerden, die vermutlich mit dem Vorhandensein von Kaffeepartikeln in der Arbeitsstätte zusammenhängen. Die Gewerkschaft behauptet seit langem, dass die Betriebsleitung die Arbeitsschutzvorschriften nicht einhält, und kämpft mit einem missbräuchlichen Führungssystem, bei dem Manager Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen drohen, die ihre Rechte geltend machen. Valentina Méndez vom Matagalpa-Arbeitsinspektorat nahm an dem Seminar teil. Sie forderte die Beschäftigten nachdrücklich auf, ihre Rechte und ihre Würde weiterhin zu verteidigen.

Quelle: <http://cms.iuf.org>, 9.5.2012



Ärztetag erkennt Unrecht der NS-Medizin an

NÜRNBERG. Der Deutsche Ärztetag 2012 in Nürnberg greift den Appell von 42 Ärzten und Medizinhistorikern auf und bekennt sich in seiner „Nürnberger Erklärung 2012“ zur wesentlichen Mitverantwortung von Ärzten an den Unrechtstaten der NS-Medizin. Der Ärztetag gedenkt nicht nur den noch lebenden und bereits verstorbenen Opfern sowie ihren Nachkommen, sondern bittet diese auch um Verzeihung und verpflichtet sich, die historische Forschung und Aufarbeitung der NS-Medizin aktiv zu fördern. „Damit ist 65 Jahre nach dem Nürnberger Ärzteprozess ein historischer Schritt erfolgt, der gerade für die Opfer wichtig und lange überfällig ist. Auf dieser Grundlage kann sich die Bundesärztekammer jetzt einen würdigen Rahmen überlegen, diese Erklärung gegenüber noch lebenden Opfern konkret auszusprechen“, erklärt IPPNW-Mitglied Stephan Kolb aus Nürnberg, einer der Initiatoren des Appells. „Im Gegensatz zu noch immer weit verbreiteten Annahmen ging die Initiative gerade für die gravierendsten Menschenrechtsverletzungen nicht von politischen Instanzen, sondern von den Ärzten selbst aus“, heißt es in dem Appell. Dazu gehörten die Zwangssterilisation von über 360 000 als „erbkrank“ klassifizierten Menschen, die Tötung von weit über 200 000 psychisch kranken und behinderten Menschen sowie die erzwungene, in zahlreichen Fällen tödliche medizinische Forschung an vielen tausend Versuchspersonen. Ärzte seien auch wesentlich beteiligt gewesen an der Entlassung und Vertreibung „jüdischer“ und „politisch unzuverlässiger“ Ärztinnen und Ärzte und an der Ausbeutung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern in medizinischen Institutionen bis hin zu Universitätskliniken und konfessionellen Krankenhäusern. Auch nach 1945 seien stigmatisierende und entwertende Begriffe und Handlungsweisen gegenüber kranken und behinderten Menschen in erheblichem Umfang weiter angewendet worden. Die ErstunterzeichnerInnen beklagen zudem, dass eine systematische Reflexion der Voraussetzungen für solche Denk- und Handlungsweisen Jahrzehntelang nicht stattgefunden habe.

Appell und die UnterzeichnerInnen sind zu finden unter www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Soziale_Verantwortung/Appell_Deutscher_Aerztetag_2012.pdf

30 000 bei Blockupy-Demo gegen europaweites Spardiktat

FRANKFURT A.M. Mehr als 30 000 Menschen aus ganz Europa demonstrierten am 19. Mai 2012 in Frankfurt am Main gegen das europaweite Spardiktat der

Troika aus EZB, EU-Kommission und IWF. Die Demonstration war der Abschluss der europäischen Aktionstage des Blockupy-Bündnisses vom 16. bis 19. Mai in der Bankenstadt. „Das ist ein enormer Erfolg“, sagt Blockupy-Sprecher Christoph Kleine. „Trotz der andauernden Diffamierung unseres Protests und der Verbotsorgie durch die Stadt Frankfurt ist es uns gelungen, den europäischen Widerstand gegen die unsoziale und undemokratische Kürzungspolitik an einen ihrer Ausgangspunkte – den Finanzstandort Frankfurt – zu tragen.“ Blockupy-Sprecher Roland Süß ergänzt: „Wir sind solidarisch mit den Menschen in Griechenland und anderen europäischen Ländern, die bereits jetzt existenziell unter dem Sozialkassenschlag leiden. Wir brauchen einen Rettungsschirm für die Menschen, nicht für die Banken.“ Das Blockupy-Bündnis kritisiert die tagelangen



Versammlungsverbote der Stadt Frankfurt scharf. Der Verlauf der Aktionstage hat die Gefahrenprognose von Stadt und Polizei ad absurdum geführt. Es ist überdeutlich geworden, dass die von Stadt, Polizei und hessischem Innenministerium entworfenen Horrorbilder jeder realistischen Grundlage entbehren und allein politisch motiviert sind. Mit Drohszenarien, Panikmache, Schikanen und massenhaften rechtswidrigen Aufenthaltsverboten haben Stadt und Polizei alles getan, um Menschen davon abzuhalten, sich an den Protesten zu beteiligen. www.attac.de

Forderungen der AKW-Gruppen an den neuen Umweltminister

HAMBURG. „ausgestrahlt“, eine bundesweite Anti-Atom-Organisation, erklärt nach der Neubesetzung des Umweltressorts: „Wenn Peter Altmaier wirklich Minister für Umwelt und Reaktorsicherheit sein will, dann muss er einiges anders machen als sein Vorgänger Norbert Röttgen. Will er die Umwelt effektiv schützen, dann muss er dafür sorgen, dass das Endlagerprojekt im maroden Salzstock von Gorleben beendet wird, dass der Atommüll aus dem absaufenden Bergwerk Asse zügig herausgeholt wird und dass nicht weiter tagtäglich radioaktive Abfälle in den Atomkraftwerken entstehen. Wir erwarten von Altmaier, dass er die Konsequenzen aus Fukushima auch für die neun noch laufenden Reaktoren in Deutschland zieht. Kein Atom-

kraftwerk ist gegen Flugzeugabstürze gesichert, einige haben Probleme in Sachen Erdbeben und Hochwasser. In Japan wurden die Kraftwerke inzwischen alle heruntergefahren, weil keines wirklich sicher ist. Genauso sollte auch Altmaier vorgehen. Der neue Minister muss dafür sorgen, dass die Betreiber von Atomkraftwerken eine Haftpflichtversicherung mit voller Deckung von möglichen Schäden eines Super-GAU abschließen müssen. Er sollte die Rückstellungen für die Atommüll-Entsorgung in einen öffentlich-rechtlichen Fonds überführen, damit sie von den Stromkonzernen nicht mehr für spekulative Geschäfte riskiert werden können. Peter Altmaier muss die Energiewende voranbringen, indem er auf Dezentralität setzt und die Erneuerbaren Energien vor allem da fördert, wo sie verbrauchernah ausgebaut werden.“ www.ausgestrahlt.de

Initiativen für den europaweiten Atomausstieg

BERLIN. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) hat – gemeinsam mit über zehn anderen Gruppen des Netzwerks Friends of the Earth – eine Europäische Bürgerinitiative für den EU-weiten Atomausstieg ins Leben gerufen. Sobald die Initiative von der Europäischen Kommission registriert wurde, wollen sie anfangen, in ganz Europa eine Million Unterschriften zu sammeln. Dafür ist dann ein Jahr Zeit.

Die Forderungen auf einen Blick:

- Die BürgerInnen Europas fordern eine Zukunft ohne Atomkraft und mit einem nachhaltigen Energiesystem. Wir appellieren an die EU-Kommission, hierzu sofort Initiative zu ergreifen.
- Alle Hochrisiko-Reaktoren sobald wie möglich abschalten und verbindliche Ausstiegspläne für alle restlichen Atomkraftwerke der Europäischen Union erstellen.
- Sicherstellen, dass die Betreiber von Atomkraftwerken die wahren Kosten entrichten, hinsichtlich Stilllegung, Abfalllagerung, Haftung und des Uran-Abbaus.
- Die Nutzung und Entwicklung von erneuerbaren Energien fördern und Maßnahmen zur Energieeffizienz forcieren, um die Nutzung von Atomkraft und fossilen Brennstoffen zu ersetzen.

www.my-voice.eu



Atomwaffen werden nicht aus Deutschland abgezogen

BERLIN. Die Kampagne „atomwaffenfrei.jetzt“ kritisiert die bekannt gewordenen Beschlüsse des Nato-Gipfels in

Chicago. „Besonders enttäuscht sind wir über das Festhalten an der Nuklearstrategie und dem Beharren auf der Stationierung von Atomwaffen in Europa“, so Roland Blach, Kampagnenkoordinator und Geschäftsführer der DFG-VK Baden-Württemberg. Die Kampagne begrüßt einerseits die Festlegung der Nato, „eine sicherere Welt für alle anzustreben und die Bedingungen für eine Welt ohne Kernwaffen in Übereinstimmung mit den Zielen des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen zu schaffen“. „Andererseits gibt es nicht nur in den USA Pläne zur Modernisierung ihres Atomwaffenarsenals“, so Xanthe Hall (Internationale Ärzte zur Verhütung eines Atomkrieges, IPPNW). „Die Nato ist in einer Zeitschleife gefangen. Wir müssen sie befreien! Der Kalte Krieg wurde beendet, aber die Nato kämpft unbeirrt weiter. Die Zeit, Atomwaffen aus Europa abziehen ist jetzt“, so Hall weiter. Für den Abzug und den Beginn von Verhandlungen über ein Verbot von Atomwaffen zu beginnen tritt die Kampagne „atomwaffenfrei. jetzt“ weiterhin mit Nachdruck ein. Am 19. Mai 2012 versammelten sich 100 Personen anlässlich des Nato-Gipfels vor der US-amerikanischen Kommandozentrale EUCOM in Stuttgart, um zu protestieren. Am 20. Mai machten sich etwa 10 bis 20 Friedensaktivisten im Rahmen der internationalen Radtour „Global Zero Now“ auf dem zweiwöchigen knapp 1 000 km langen Weg zur Nato nach Brüssel, sie werden am 4. Juni vom deutschen Nato-Botschafter Erdmann und dem Stab von Nato-Generalsekretär Rasmussen empfangen. Ein Tourblog informiert täglich über die Empfänge u.a. von Bürgermeister für den Frieden, wie am 20. Mai in Bretten.

www.atomwaffenfrei.de

Amnesty: „Den weltweiten Waffenhandel kontrollieren!“

BERLIN. Amnesty International will sich verstärkt für eine Kontrolle des internationalen Waffenhandels einsetzen. Das beschlossen die rund 500 Delegierten auf der Jahresversammlung der deutschen Sektion der Menschenrechtsorganisation Ende Mai 2012. Als weitere Arbeitsschwerpunkte legten sie den Einsatz für Menschenrechte in den arabischen Ländern und gegen rechtswidrige Zwangsräumungen fest. 60 Prozent der Menschenrechtsverletzungen, die wir dokumentieren, werden mit Waffen begangen“, sagte Alexander Hülle, Vorstandssprecher von Amnesty International zum Abschluss der Versammlung in Neu-Ulm. „Eine strikte Kontrolle des internationalen Waffenhandels könnte daher ein wichtiger Baustein zur Prävention sein. Eine wichtige Chance hier voranzukommen,

ist die UNO-Konferenz im Juli über einen internationalen Waffenhandelskontrollvertrag. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich dabei energisch für einen menschenrechtlich wirksamen Vertrag einzusetzen.“

www.amnesty.de

Deutsche Bank muss Rohstoffwetten beenden

BERLIN. Anlässlich der heutigen Jahreshauptversammlung der Deutschen Bank erklärt Markus Henn von WEED: „Die Deutsche Bank ist weiterhin einer der größten Nahrungsmittelspekulanten der Welt. Der im März verkündete Verzicht auf neue börsengehandelte Anlageprodukte in Nahrungsmitteln für dieses Jahr ist völlig unzureichend. Es lässt die bestehenden Produkte der



Bank und deren Erweiterung unangetastet, ebenso wie Anlagen abseits der Börse und in Rohstoffen wie Metallen und Öl.“ Die Wahl von Anshu Jain zum Co-Vorsitzenden deutet darauf hin, dass die Deutsche

Bank ihr spekulatives Geschäft eher wieder ausbauen wird. „Ein so kalblütiger Zocker wie Jain kümmert sich nicht um die Folgen seiner Spekulation, solange nur die Rendite für die Deutsche Bank stimmt“, meint Henn. Er habe schon in der Finanzkrise bewiesen, dass er nur Risiko und Rendite als Ziele kennt. Der preistreibende Effekt von Rohstoffanlagen wurde erst vergangene Woche in einer neuen US-Studie erneut betont, die sich mit „Commodity Linked Notes“, sogenannten Rohstoffzertifikaten, beschäftigt. Auch die Deutsche Bank vertreibt unter ihrer Marke „db-X markets“ viele solche Produkte, darunter eines basierend auf ihrem „Liquid Commodity Index“, der zu gut einem Viertel auf Mais und Weizen wettet. Wie die Studie feststellt, resultieren aus den Zertifikaten Absicherungsgeschäfte der Banken an den Börsen, die signifikante Preisbewegungen in den zugrundeliegenden Futures-Märkten verursachen. www.weed-online.org/

Vertragsverletzungsverfahren bei der Vorratsdatenspeicherung künstlich hochgespielt

BERLIN. Dem Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung wurde die Antwort auf eine kleine Anfrage der Fraktion Die Linke zugespielt, aus der hervorgeht, dass das Drohszenario eines Vertragsverletzungsverfahrens übertrieben

ist. EU-weit sind rund 1.590 Vertragsverletzungsverfahren anhängig. Auf Deutschland entfallen 68 laufende Vertragsverletzungsverfahren, davon 22 wegen fehlender oder mangelhafter Umsetzung von Richtlinien in deutsches Recht. Trotz dieser zahlreichen, größtenteils langjährigen Rechtsstreitigkeiten wurde noch nie eine Geldstrafe gegen die Bundesrepublik Deutschland verhängt. Während bei der Vorratsdatenspeicherung politischer Druck durch Teile der Bundesregierung und die EU-Kommission ausgeübt wird, schweigen die Beteiligten bei den 67 anderen Verfahren. Ute Elisabeth Gabelmann vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung kritisiert diese Umsetzungspraxis: „Es ist bedenklich, dass eine Richtlinie, die unbestritten zu massiven Grundrechtseingriffen führt, mit viel politischem Druck durchgebracht werden soll, während die 67 anderen laufenden Verfahren ausgeblendet werden.“ Gemäß dem EU-Recht kann die Bundesregierung Anträge auf eine Ausnahmeregelung bezüglich der Umsetzung in nationales Recht stellen. „Die Bundesregierung hat bewusst die Entscheidung getroffen, dies im Falle der Vorratsdatenspeicherung zu unterlassen“, sagt Kai-Uwe Steffens vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung. „Während dieses Werkzeug gegen die EU-Spielzeugrichtlinie angewendet wird, lässt die Bundesregierung eine zweifellos grundrechtsschädigende Richtlinie unangetastet – für Bürgerrechtler ist das ein Trauerspiel.“ Die Entscheidung darüber, wie sich ein Vertragsverletzungsverfahren entwickelt, hängt wesentlich von der EU-Kommission ab. „Es ist in erster Linie eine politische Entscheidung, gegen wen und wann tatsächlich Strafzahlungen eingeleitet werden“, so Steffens weiter. „Sowohl die EU-Kommission als auch Teile der Bundesregierung treiben offenbar die Durchführung des Vertragsverletzungsverfahrens voran, um ihre politischen Interessen durchzusetzen und die Vorratsdatenspeicherung einzuführen.“ ... Es ist zudem wahrscheinlich, dass die Kosten der Umsetzung der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung die Höhe der Strafzahlungen bei weitem übersteigen würden. Das Schreiben bezieht sich dabei auf eine Schätzung des Branchenverbandes eco, der die Höhe der Kosten auf Basis der Erfahrungen der letzten Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung auf rund 330 Millionen Euro schätzt. Die Bundesregierung kann nicht ausschließen, dass diese Kosten auf die Kunden umgelegt werden.

www.vorratsdatenspeicherung.de



Rieseninteresse am Zukunftsthema schulische Inklusion

Weit über einhundert Gäste konnten der paritätische Kreisverband, die AG Barrierefreiheit und die Gesamtschwerbehindertenvertretung der Stadt am 10. Mai im Mannheimer Collini-Center zur Veranstaltung „Eine Schule für ALLE? – Inklusion in Baden-Württemberg“ mit dem Landesbehindertenbeauftragten Gerd Weimer begrüßen.

Das große Interesse an der im Rahmen der jährlich am 5. Mai stattfindenden „Europäischen Protesttage zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen“ organisierten Veranstaltung zeigte sich auch an der lebhaften Diskussion, die dem engagierten Vortrag des Landesbehindertenbeauftragten folgte.

Gerd Weimer machte in seinem kurzen, aber umfassenden Referat deutlich, dass die Bestimmungen der UN-Behindertenrechtskonvention in Bezug auf die gemeinsame Beschulung behinderter und nichtbehinderter Kinder verpflichtend seien. Dieser Auftrag dürfe im Spannungsfeld unterschiedlicher Interessen von Gebietskörperschaften oder gesellschaftliche Gruppen nicht dazu führen, ein inklusives Bildungssystem auf den Sankt-Nimmerleinstag zu verschieben. Angesichts der bestehenden Vermögensschieflage und der sozialen Ungleichheit in Deutschland, so sein Seitenhieb an die Politik, könne man auch das Argument nicht akzeptieren, dass zu wenig Geld für die Finanzierung solch wichtiger behinderten- und menschenrechtlicher Projekte wie der Inklusion vorhanden sei.

Auf die Landespolitik komme eine wichtige Aufgabe zu, und er äußerte sich optimistisch, dass er in seiner weisungsungebundenen Funktion als neuer Landesbehindertenbeauftragter vieles dazu beitragen kann. Eine inklusive Schule, die allen Kindern den gleichberechtigten wohnortnahen Schulbesuch ermöglichen und behinderten Kindern eine optimale indivi-

duelle Förderung zukommen lassen will, sei allerdings nicht zum Nulltarif zu haben, auch nicht durch bloße Umschichtung sonderpädagogischen Personals.

Skandinavische Länder wie Norwegen machten deutlich, dass der gemeinsame Schulbesuch behinderter und nichtbehinderter Kinder zur gesellschaftlichen Realität gehöre und als Selbstverständlichkeit akzeptiert werde. Andere konkrete Beispiele auch aus der Bundesrepublik zeigten, dass eine inklusive Schule auch ohne Einschränkung der Leistungsfähigkeit sowohl behinderten als auch nicht behinderten Schülern zugutekomme.

In seinem Schlusswort bedankte sich der Moderator Thomas Weichert, Kreisvorsitzender des Paritätischen, bei Gerd Weimer und dem Publikum, das sich nicht nur aus Menschen mit Behinderungen, sondern Vertretern aus Politik, Lehrerschaft und gemeinnützigen Verbänden zusammensetzte. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die erfolgreiche Veranstaltung auch dazu beitragen kann, dass fachlich und politisch Verantwortliche in ihrer künftigen politischen und beruflichen Arbeit das Ziel einer inklusiven Schule nicht aus den Augen verlieren. Er wies in diesem Zusammenhang auf den Aktionsplan „Mannheim – auf dem Weg zur behindertenfreundlichen Stadt“ des Behindertenforums hin. Hier wollen sich verschiedene Arbeitsgruppen demnächst mit der konkreten Umsetzung der im Aktionsplan formulierten Ziele befassen.

Veranstaltungsbericht – Stichworte des Vortrags des Landesbehindertenbeauftragten Gerd Weimer – Eine Schule für alle – Inklusion in Baden-Württemberg

Herr Weimer stellte sich als unabhängiger Beauftragter für Menschen mit Behinderungen vor. Seine Stelle sei von der rotgrünen Landesregierung Baden-Württemberg, die erst seit einem Jahr und zwei Tagen im Amt sei, geschaffen worden. Er bezeichnete dies als ersten Erfolg der neuen Regierung in Sache Umsetzung der UN Konvention.

Der Auftrag lautet: Eine Schule für alle – Inklusion in Baden-Württemberg, damit Menschen mit einer Behinderung in der Gesellschaft und nicht

außerhalb der Gesellschaft teilnehmen und teilhaben können. Die Gesellschaft muss sich ändern, ein Umdenken muss stattfinden. Durch die UN-Konvention erfolgt ein Paradigmenwechsel, von der Integration hin zur Inklusion.

Er zeigte am Beispiel Skandinaviens auf, dass dort Menschen mit Behinderungen inkludiert sind, während in Deutschland Menschen mit Behinderungen weitgehendst exklusiv behandelt werden. D.h. Menschen mit Behinderungen in getrennten Schulen, Werkstätten etc. geschult werden, an-

statt in regulären Schulen und Werkstätten, etc. Herr Weimer führte dies u.a. auf den Faschismus im Dritten Reich zurück, dass auch nach Kriegsende bis heute die Auffassung, Menschen mit Behinderungen exklusiv zu behandeln, nicht wirklich aufgehört habe. In Norwegen läuft der Inklusions-Prozess bereits seit ca. 1970. Die skandinavischen Länder schnitten sehr gut in den Pisa-Studien ab, haben also höchstes Schulniveau, und dies trotz Inklusion.

Herr Weimer betonte, dass eine „inklusive Gesellschaft“ nicht kostenneutral zu haben sei, sondern dass hierzu viel Geld benötigt wird. Dann nannte er zum Thema Barrierefreiheit zwei Verbündete: 1. die wachsende Radfahrerlobby (Boris Palmer, der mit dem E-Rad zur Arbeit fährt) und 2. den demographischen Wandel (Seniorenräte). Letztendlich geht es aber nicht nur um Schule, sondern auch um Arbeit und Wohnen. Wir brauchen mehr Geld im System. Wir müssen dem Bundestag klar machen: Inklusion gibt es nicht zum Nulltarif. Wenn die Prioritäten anders gesetzt werden, ist genug Geld da. Momentan sind in Deutschland elf Billionen Euro im Umlauf. Davon stecken 60% in nur 10% der Haushalte. Die Vermögenssteuer ist entfallen, die zuvor den Ländern und Kommunen zugutekam. Norwegen gibt 7,5% seines BIPs für Bildung aus, Deutschland im Gegensatz dazu nur 4,3% seines BIPs.

Es soll ein Umsetzungsplan mit acht Handlungsfeldern erstellt werden.

Herr Weimer hat einen 30seitigen Diskussionsentwurf für einen Umsetzungsplan für Baden-Württemberg erstellt. Er bittet um aktive Mithilfe, Diskussionen etc. In Baden-Württemberg gibt es bereits einige Modelleinrichtungen, in denen Inklusion umgesetzt wurde, z.B. in Bad Dürkheim – 18 Kinder werden dort von vier Erwachsenen betreut, geschult.

Inklusion funktioniert – wenn man es will.

Zuvor gab es schon fünf Projekte in Baden-Württemberg, die 1997 beendet wurden. 17 Jahre gingen dadurch verloren. Eltern berichteten damals, dass ihre gesunden Kinder (Schüler) von dieser Inklusion sehr profitierten, da sie durch das Miteinander mit Mitschülern mit Behinderungen soziale Kompetenzen erwerben konnten und dadurch sehr viel verständnisvoller waren. Zurzeit gäbe es einen gegenläufigen Trend: immer weniger Schüler in regulären Schulen, dafür aber immer mehr in „Spezialschulen“.

Die UNESCO fordert eine zügige Umsetzung der Inklusion (2013–2014)

In Deutschland gibt es sieben Probleme, die die Inklusionsentwicklung hemmend beeinflussen:

– Zurzeit entscheidet der Schulrat,

in welche Schule ein Kind geht. Ab nächstem Jahr haben die Eltern das Wahl- und Entscheidungsrecht. Das kann problematisch werden, da es Eltern gibt, die einfach nicht wünschen, dass ihr Kind mit Kindern mit Behinderungen in der gleichen Klasse geschult wird (Angst vor Leistungs-niveauabfall. Aber – siehe Norwegen).

– Das Finanzierungsproblem, da zwischen den Kommunal- und Landespolitikern um die Gelder für Leistungen erbittert gekämpft wird; ob es eine Bildungsleistung ist, denn dann muss das Land zahlen, oder ob es eine Assistenzleistung ist, dann muss die Kommune zahlen.

– Die Lehrerausbildung und Lehrer-

weiterbildung ist unzureichend, gehört schon längstens reformiert.

– Die Zielvorgabe muss geändert werden: heutzutage wird in regulären Schulen zielgleich unterrichtet, aber in einer Schule, in der alle Schüler inkludiert würden, müsste zieldifferent unterrichtet werden.

– Die Sonderpädagogen vermuten, dass sie auf der Strecke bleiben werden. Dem ist aber nicht so, da in Zukunft sogar noch mehr Sonderpädagogen gebraucht würden, um die Lehrer zu unterweisen.

– Schwerpunktschulen oder Individualanspruch? Herr Weimer befürwortet den Individualanspruch, damit Kinder mit Behinderungen im Ort zur

Schule gehen können, wo sie wohnen (den kürzesten Weg haben).

– Die Sozialgesetzgebung ist unheimlich kompliziert. Für den einen trifft der SGB IX zu, für den anderen der SGB XII oder SGB VIII usw. Dies ist eine zusätzliche Erschwernis, vor allem für die Eltern.

Wir sollten die Forderung an den Bund stellen, sich an der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zu beteiligen. Dringend erforderlich sind unabhängige Inklusionsberater. Es geht alles viel zu langsam. Es muss eine Revolution im Denken und Handeln stattfinden, und es muss das hierzu erforderliche Geld zur Verfügung gestellt werden.

Carmen McCloskey

Schweinfurt. Veranstaltungsbericht in Nachrichten und Standpunkte Nr. 5/2012

Neonazis in Bayern präsenter als zugegeben

Robert Andreasch beleuchtet die rechte Szene

Robert Andreasch, Mitarbeiter bei der antifaschistischen Dokumentationsstelle a.i.d.a. präsentierte beim „Bündnis Schweinfurt ist bunt“ schockierende Fotos von Naziauftritten. Der Journalist warnte im Stadtbahnhof vor einer Verharmlosung der rechten Szene in Bayern. Zweimal sei er schon von Rechtsradikalen angegriffen worden, seine Wohnadresse gebe er nicht preis, er sei, wenn er unterwegs ist, immer aufmerksam, so Andreasch. Das „Bündnis ist bunt“ hatte den Münchner Journalisten zu einer Informationsveranstaltung „Nazis in Bayern“ nach Schweinfurt eingeladen, den Sprecher Frank Firsching als „den ausgewiesenen Experten der Naziszene“ nannte. Über zwei Stunden zeigte Andreasch auf, dass in Bayern mehr Neonazis aktiv sind als in allen anderen Bundesländern. Motiviert würden sie nicht zuletzt durch einen noch immer hohen Anteil an Menschen im Freistaat, die nationalistisch und antisemitisch eingestellt seien. Die These belegte er mit Zahlen einer Studie der Universität Leipzig. Der Kneipensaal im Stadtbahnhof platzte aus allen Nähten. Die weit über 100 Besucher mussten sich vorher in Namenslisten eintragen, Ordner waren eingeteilt, um eventuell auftauchende Rechte am Zutritt zu hindern. Trotzdem gelang es einigen Rechten, hinein zu kommen. Einer wurde allerdings enttarnt. Das Publikum war bunt gemischt, Jung und Alt, Gewerkschafter, Kirchenvertreter, Mitglieder des Schweinfurter Behinderten- und des Integrationsbeirates, Kreis-, Stadträte und Bürgermeisterin Kathi Petersen waren gekommen.

Andreasch sprach die kompletten zwei Stunden frei, zeigte Bilder von

Nazitreffs, von Aufmärschen, rechten Konzerten, den wichtigsten Rechtsradikalen, die großteils er gemacht hatte. Er berichtete vom gegründeten Bayerischen Ring nationaler Frauen, über Immobilien, die rechte Gruppen erwerben, von Gaststätten, deren Wirte wissen, dass die Veranstalter Nazis sind. Und über die zunehmende Radikalisierung und Gewaltbereitschaft. Er sei mittlerweile in der rechten Szene so bekannt, dass er „an Veranstaltungen nicht mehr unerkant teilnehmen kann“. Bis 2008 sei die NPD erste Kraft in Bayern gewesen, habe sich als „normale“ Partei etablieren wollen. Nach dem ernüchternden Ergebnis von 1,2 Prozent bei den damaligen Landtagswahlen begann ihr Ab-, zugleich der Aufschwung des Kameradschaftsdachverbands Freies Netz Süd, das auch den Aufmarsch in Schweinfurt vor zwei Jahren organisierte.

Das Netz sei heute die wichtigste neonazistische Organisation im Land, sagte Andreasch. Eines hat Robert Andreasch immer wieder betont: Ohne Mithilfe aus dem rechtskonservativen Spektrum könnten Kameradschaften und die NPD nicht agieren. Unterstützung für die NPD gebe es zum Beispiel beim Organisieren von Tagungsstätten und öffentlichen Veranstaltungsflächen. Es gebe Grauzonen, in denen Nationalkonservative und Rechtsextreme Schnittmengen bilden, um Strukturen zu verfestigen. Ein Beispiel aus der Region: Seit Jahren gibt es am Heiligenhof auf einer Anhöhe oberhalb Bad Kissingens Treffen unterschiedlichster nationalkonservativer Gruppen. Dort verbreiten Rechtsextreme in Vorträgen ihre Ideologie und üben Einfluss zum Beispiel in sudetendeutschen Kreisen aus. Prominentes Beispiel für die Unterstützung nationalkonservativer

Medien mit Verbindungen zu Rechtsextremen ist der bayerische CSU Politiker Thomas Goppel. Er wirbt für die Zeitung „Junge Freiheit“. In der Kameradschaftsszene, in der NPD und in Zusammenhängen des Freien Netz Süd tut sich besonders Matthias Bauernfeind aus dem Landkreis Main-Spessart hervor.

Die rechtsextreme Szene radikalisiere sich immer mehr, stellte der Referent fest. In das Blickfeld der Neonazis geraten besonders diejenigen, die sich der menschenverachtenden Ideologie entgegenstellen. Es werde ausgespäht, diffamiert, gefilmt und gedroht. Es komme zu Sachbeschädigungen und persönlichen Angriffen und Denunziationen im Internet. Neben traditionellen Kameradschaftszusammenhängen werde aktuell auch über soziale Netzwerke und auffällig häufig in Fußballstadien Aufmerksamkeit erzeugt. Robert Andreasch nahm im Verlauf seines Vortrages auch Stellung zu Verflechtungen von Politik, Verfassungsschutz und den Morden der Terrorgruppe NSU. Nachweislich hätten Kontaktpersonen des bayerischen Verfassungsschutzes dabei mitgeholfen, die Neonaziszene Bayerns mit Waffen auszustatten. Es sei merkwürdig, dass der bayerische Innenminister bestreite, dass es Kontakte der Terrorgruppe NSU zu bayerischen rechtsextremen Szene gab, wo doch bekannt sei, dass sich die Terroristen auch immer wieder in Bayern aufhielten.

Fast wöchentlich führten Aktivisten in allen bayerischen Bezirken Kundgebungen und Aktionen durch. Mit dem Aufmarsch am 1. Mai 2011 in Heilbronn (800 Besucher) und dem Rechts-Rock-Open-Air „Frankentag“ in Roden-Ansbach bei Gemünden (600) habe das Freie Netz Süd seine Mo-

bilisierungsfähigkeit bewiesen. Das Gros der Frankentag-Besucher sei aus der Gegend gekommen, was zeige, dass eine hohe Zahl von Menschen mit rechtem Gedankengut gar nicht organisiert ist. Andreasch präsentierte ein Foto von Martin Wiese im T-Shirt mit dem unmissverständlichen Rücken-aufdruck „Seine Idee – Unser Weg“ und der Unterschrift „Adolf Hitler“. Wiese trat so beim Frankentag 2011 als Redner auf. Er ist wegen des Attentats auf die Synagoge in München zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt worden, dürfte öffentlich nicht mehr agieren. Als schockierend empfanden auch viele Besucher ein dem Verein Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle (a.i.d.a.) zugespieltes Foto, das Aktivisten der „Kameradschaft München Süd-Ost“ zeigt, die bei einem „Ausflug“ in die KZ-Gedenkstätte Dachau vor den Öfen des Krematoriums mit Siegeszeichen posieren, oder auch die Bilder von der beschmierten Synagoge Bamberg.

Unglaublich der geschilderte Vorgang in Neustadt an der Waldnaab. Am Faschingszug nahmen trotz Polizeipräsenz rechte Gruppen – verkleidet als Tod und Sensenmänner – ungehindert teil. Das Banner trug die Aufschrift: „Die Demokraten bringen uns den Volkstod.“ Sorge bereitet Robert Andreasch auch das Wegsehen von einer jugendlich rechten Subkultur. Mittlerweile habesich ein gesellschaftliches Klima entwickelt, wo es jungen Leuten möglich ist, sich problemlos politisch rechts zu inszenieren. Mit Musik, mit der Kleidung und mit rechten Symbolen auf der Haut werde rechtes Anderssein zum Ausdruck gebracht und finde unter immer mehr Jugendlichen Zustimmung. Andreasch' Fazit: In Bayern werde der Rechtsextremismus noch immer verharmlost. Wenn Innenminister Hermann erkläre, dass die NSU-Akteure, die für fünf Morde im Freistaat verantwortlich sind, keine Verbindungen ins Land gehabt hätten, sei das falsch. Und: Sich wehren, wirke. Am Ende seines Bilderstreifzuges war Zeit zur Diskussion.

Robert Andreasch informierte über das Entstehen seiner Fotos, beantwortete Fragen zu Perspektiven im Kampf gegen Rechtsextremismus und gab eine Empfehlung mit auf den Weg: Auf keinen Fall wegsehen! Frank Firsching hieb in die gleiche Kerbe: Schweinfurt habe im Mai 2010 mit der Bildung des noch immer präsenten Bündnisses reagiert und ein Bewusstsein für die Problematik und gegen das Kleinreden geschaffen. Die Gewerkschaft habe aktuell ein Heft „Rechtsextremismus in Bayern“ veröffentlicht. Einer der Autoren ist Robert Andreasch.

Quellen: Hannes Helferich (Schweinfurter Tagblatt), www.dgb-schweinfurt.de.

Linke unterstützt geplantes Bürgerbegehren gegen Bibliothekenschließung:

ESSEN. „Völlig widersinnig“ findet der Kreissprecher der Essener Linken, Rainer Burk, „wenn die Stadt Bibliotheken schließen will, die trotz massiven Stellenabbaus steigende Ausleihquoten haben. „Gerade die Bibliothek in Stoppenberg, in der sich die Zahl der Ausleihen in den letzten zehn Jahren verdoppelt hat“, so Burk weiter, „einer geplanten Ausweitung in Kettwig oder Stadtwald opfern zu wollen, ist hannebüchen.“ Für Essen als ehemaliger Kulturhauptstadt ist jede Schließung von Bibliotheken ein Armutszeugnis. Gerade für bildungsfernere Schichten sind die Stadtbibliotheken oft der einzige Ort, um z.B. dem Umgang mit neuen Medien nahezukommen. Wir brauchen wohnortnahe öffentliche Büchereien, die mit einem vernünftigen Personalschlüssel besetzt sind. Deshalb unterstützt die Linke das geplante Bürgerbegehren gegen die Bibliothekenschließung.

www.dielinke-essen.de

Die Linke in Südniedersachsen weiterhin gegen Großkreis:

GÖTTINGEN. Auf ihrer Regionalkonferenz in Osterode haben die südniedersächsischen Linken ihre Ablehnung zu einem Zusammenschluss der drei Landkreise Göttingen, Northeim und Osterode bekräftigt. Vor dem Hintergrund auch von Fusionsplänen einzelner, zum Teil hochverschuldeter Gemeinden, spricht sich Die Linke in Südniedersachsen für eine deutlich bessere Finanzausstattung der Kommunen aus. Dr. Eckhard Fascher, Fraktionsvorsitzender von Die Linke im Göttinger Kreistag: „... Die Fusionsdebatte lenkt von den eigentlichen Ursachen der Finanzmiserie der Kommunen ab. Wir fordern deren bessere finanzielle Ausstattung mit auskömmlichen eigenen Steuereinnahmen ähnlich wie in Skandinavien. In Dänemark und Schweden werden der größte Teil der öffentlichen Ausgaben durch die Kommunen getätigt. Carlo Bleichert, Vorsitzender Die Linke KV Northeim: „Starke Kommunen bedeuten für uns, dass diese die Daseinsvorsorge kontrollieren müssen. So ist ein Zweckverband für einen privaten ÖPNV Augenwischerei, wir fordern einen öffentlichen, durch die Kreise kontrollierten ÖPNV in Südniedersachsen.“ Frank Kosching, Kreistagsabgeordneter und Kreisvorsitzender Die Linke Osterode: „Die technokratische Großkreislösung wäre für Rot-Grün politisch opportunistisch, für die Bürger aber eine massive Verschlechterung.“

www.dielinke-goettingen.de

Haushaltssanierung ohne Sozial- und

Stellenabbau und Privatisierung:

DUISBURG. Die Mitglieder der Duisburger Linken haben sich in einer gut besuchten Versammlung mit den Beratungsergebnissen ihrer Fraktion zum sogenannten Haushaltssanierungsplan befasst. Bei nur einer Gegenstimme wurde beschlossen, dass Die Linke in der Kooperation mit SPD und Grünen die Verhandlungen fortsetzt für einen Haushaltsplan, der weder Sozialabbau, noch per Saldo Stellenabbau und auch keine weitere Privatisierung, insbesondere des städtischen Klinikums, vorsieht. Edith Fröse, Kreissprecherin der Linken: „Die zum Teil leidenschaftlich geführte Diskussion offenbart ein Dilemma: Der Anspruch der Linken nach Umverteilung durch eine gerechtere Steuerpolitik zugunsten der Kommunen und ihrer Einrichtungen für die Bürger auf der einen und die realen Mehrheitsverhältnisse in Bund und Land, die dagegen stehen, auf der anderen Seite.“ Ergänzend dazu Kenan Ilhan, Sprecher des Kreisverbands: „Die von der Linken abgelehnten oder zu ändernden Einzelmaßnahmen der Verwaltung reichen von strukturellen Veränderungen im Rathaus und in den kommunalen Betrieben über Effizienzsteigerung bis hin zum Erhalt der Opern-Ehe unter veränderten Bedingungen, Erhöhung der Einnahmen durch die Zentralisierung des Einkaufs städtischer Betriebe und Verwaltung sowie einer Vorziehung der geplanten Maßnahme bei der Erhöhung der Gewerbesteuer.“ Fröse weiter: „Die Linke lehnt Kürzungen im Sozialbereich, insbesondere die von der Verwaltung ins Spiel gebrachte Erhöhung der Elternbeiträge für die Kinderbetreuung in Tageseinrichtungen als unzumutbar ab.“

www.dielinke-nrw.de/nc/nrw_aktuell

Antrag der Linksfraktion für mehr Stellen in der Bezirkssozialarbeit doch noch erfolgreich:

AACHEN. Mehr als ein halbes Jahr nach unserem Antrag im Personal- und Verwaltungsausschuss hat die Verwaltungsleitung schließlich zugeben müssen, dass der im September 2010 berechnete Mehrbedarf zutrifft. 23 Mitarbeiter_innen hatten im letzten Jahr Überlastungsanzeigen gestellt, weil sie sich personell nicht mehr in der Lage sahen, ihrer verantwortungsvollen Aufgabe in vollem Umfang gerecht werden zu können. Das zuständige Fachamt rechnete aus, dass in diesem Bereich 18 weitere Stellen dringend notwendig seien. CDU, Grüne und FDP waren allerdings der Ansicht, dass man nur 7,5 neue Stellen einrichten müsse, der weitere Bedarf sollte intensiv geprüft werden. Unserem Antrag – auf sofortige Besetzung der 18 Stellen – stimmte damals nur

die SPD zu. So vergingen viele Monate, die uns veranlassten, das Thema am 22.2.2011 noch einmal auf die Tagesordnung des Personal- und Verwaltungsausschusses zu setzen. In einem Sachstandsbericht wollten wir wissen, wie weit die Prüfung des Mehrbedarfs gediehen sei, schließlich muss auch die intensivste Prüfung irgendwann einmal zu einem Ergebnis kommen.

www.dielinke-aachen.de

Stadtspitze will bei Bildung und Sozialen kürzen! KÖLN. Jörg Detjen, Sprecher Kölner Linksfraktion, zu den Kürzungsvorschlägen, die die Kämmerei am 18. Mai in ihrem Veränderungsnachweis 4 bekannt machte: „Die Kämmerin hatte ihre Kürzungsvorschläge für März angekündigt. Wir hatten diesen frühen Termin verlangt, um eine breite öffentliche Diskussion zu ermöglichen. Das wird mit der Verzögerung schwierig. Aber vermutlich möchte die Stadtführung auch keine öffentliche Diskussion. Denn was sie jetzt mit zwei Monaten Verspätung vorstellt, ist jämmerlich. Wo die Verwaltung konkret wird, da lässt sie entweder städtische Infrastruktur verfallen oder sie schneidet in Bildung und Soziales. Eine Verschiebung des Kita-Ausbaus ist mit uns nicht zu machen. Der Bedarf an Kitaplätzen ist da und die Stadt steht hier gegenüber ihren Einwohnern in der Pflicht. Ab August 2013 besteht sogar ein Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz. Ohne Kita-Ausbau kann die Stadt den Rechtsanspruch nur mit massiven Qualitätseinbußen bei der Betreuung erfüllen. Für ein Absinken der Kosten der Unterkunft sehen wir keine Anhaltspunkte. Wir befürchten, dass die Verwaltung Einsparungen durch Druck auf die Betroffenen erreichen will. Die Empfänger von Leistungen nach SGB II würden dann gezwungen in kleinere Wohnungen zu ziehen.“

www.linksfraktion-koeln.de

Finger weg von der Wohnraumförderung! WUPPERTAL. Die Stadtverordnete Elisabeth August und die Kreissprecherin der Linken fordern die Landtagsabgeordneten Bell, Bialas und Neumann dringend auf, die Wohnraumförderung bei den Koalitionsverhandlungen nicht zu kürzen. „Wir schließen uns den Forderungen des aus der Mieterbewegung an, die Fördermittel direkt und nicht als Kreditprogramme zu vergeben, was bedeuten würde, dass überschuldete Städte-Förderprogramme nicht mehr in Anspruch nehmen können.“ Zweitens wird laut Medienberichten offenbar diskutiert, die Kredite aus dem früheren Wohnungsbaufördervermögen zu gewähren. „Dies trifft auf unsere entschiedene Ablehnung, da es das in Jahrzehnten für die Wohnraumförderung

geschaffene Sondervermögen, das nicht zum Landeshaushalt gehört, entgegen allen bisherigen Zusagen und Wahlversprechen zweckentfremden würde.“ Schon länger steht die Überlegung im Raum, bei der Wohnraumförderung den bislang auf die Eigenheimförderung entfallenden Anteil in dreistelliger Millionenhöhe zur Disposition zu stellen. Wir würden unterstützen, wenn auf die Eigenheimförderung zu Gunsten von mehr Förderung im Mietwohnungsbau verzichtet würde und dabei auch innovative Wohnformen (Miethäuser mit Garten, Wohnprojekte in Genossenschaftsform, Mehrgenerationen-Wohnen) stärker berücksichtigt würden. Keineswegs akzeptabel ist aber die ersatzlose Streichung dieser Mittel.

www.die-linke-wuppertal.de

Erfolg für die Mieterinnen und Mieter: Verkauf von SAGA-Wohnungen größtenteils gestoppt. HAMBURG. In der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 5. Juni wurde auf Antrag der Linksfraktion der Stopp des Verkaufs weiterer SAGA-GWG-Wohnungen diskutiert (siehe Anlage Drs. 20/3965). Angesichts des großen Mangels preisgünstiger Mietwohnungen hatte die Linksfraktion gefordert, keine einzige Wohnung aus dem Bestand der SAGA GWG mehr zu verkaufen, egal ob Geschosswohnung oder Reihenhausbau. Dieser Forderung kommt der Senat nun zum großen Teil nach. Frühere Senate hatten einen Verkauf von SAGA-Wohnungen an MieterInnen und andere Interessierte ermöglicht. Nur 20 Prozent der MieterInnen, so die SPD im Ausschuss, hätten von diesem Angebot Gebrauch gemacht. Die restlichen 80 Prozent der Wohnungen wurden an Dritte verkauft. Mit Beschluss des Aufsichtsrats im Jahr 2008 sollte zwar der Einzelverkauf von Geschosswohnungen eingestellt werden. Doch mit Stand Ende April 2012 stehen immer noch 2.447 Wohneinheiten zum Verkauf (vgl. Drs. 20/3933). Darüber hinaus können weiterhin Tausende Wohnungen in Reihen- oder Doppelhäusern verkauft werden, weil diese durch den Aufsichtsratsbeschluss 2008 nicht geschützt werden. Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau teilte dem Ausschuss gestern mit, dass sie in der nächsten Aufsichtsratsitzung der SAGA-GWG einen Beschluss erwirken will, den Verkauf von Reihenhausbau- oder Doppelhaus-Wohnungen der SAGA einzustellen. Mehr als 5 000 preisgünstige Wohnungen bleiben somit den MieterInnen erhalten und werden nicht verkauft. Die SPD-Fraktion erklärte darüber hinaus, jeder Verkauf weiterer Geschosswohnungen sei falsch. Es soll nun geklärt werden, ob und wie der Verkauf gestoppt werden kann.

www.die-linke-hamburg.de

Keine Wohnungsprivatisierung!

KASSEL. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat ihre alte Idee – die Wohnstadt und die Nassauischen Heimstätte zu privatisieren – wieder hervorgekramt. Ungeachtet der Tatsache, dass sich in verschiedenen Bundesländern MieterInnen erfolgreich gegen die Privatisierungsgewehr haben – so in Heidelberg und Freiburg – bleibt die hessische Landesregierung stur auf ihrer unsozialen Privatisierungslinie. Auch, wenn möglicherweise tausende von MieterInnen ihre heute noch sicheren Wohnungen mit einer noch bezahlbaren Miete verlieren. Wie können sich MieterInnen und UnterstützerInnen wehren, um eine Privatisierung auch dieses Mal zu verhindern? Das ist der Schwerpunkt der Veranstaltung der Kasseler Linken am Donnerstag 22.3.2012 um 19 Uhr im Philipp-Scheidemann-Haus. Christof Bunse berichtet als Aktiver aus Heidelberg von der erfolgreichen Arbeit der Bürgerinitiative „Bündnis für den Emmertsgrund“. Die Initiative hatte unter anderem mit einem Infobüro, vielen Aktionen und einem Bürgerentscheid auf die Gemeindevertretung eingewirkt und so den fest geplanten Verkauf von 610 Wohnungen der Heidelberger Wohnungsbaugesellschaft „Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz“ (GGH) abwehren können. Wie sich eine Privatisierung von Wohnungen auswirkt, ist in Kassel an vielen Beispielen ablesbar. Im Herbst 2003 verkaufte die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Hessen (GWH) die Wöhler-Siedlung in der Nordstadt. Trotz zahlreicher Bemühungen, zum Beispiel durch ein Quartiermanagement und öffentliche Investitionen in das Wohnumfeld, bleiben die notwendigen Sanierungen der Häuser ungenügend. Die Kasseler Linke wird an der Seite von MieterInnen, Gewerkschaften und Mieterbund durch verschiedene Aktionen aktiv werden.

<http://kasseler-linke.de/>

Restmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket direkt auszahlen! DARMSTADT. Offener Brief an Sozialdezernentin Barbara Akdeniz zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes in Darmstadt. Sehr geehrte Frau Akdeniz, 1,6 Millionen Euro hat die Wissenschaftsstadt Darmstadt im Jahr 2011 vom Bund erhalten, um es im Rahmen des sogenannten „Bildungs- und Teilhabepaketes“ (BuT) an rund 7 000 berechnete Darmstädter Kinder und Jugendliche weiterzugeben. Doch nur 456.534 Euro – also nicht einmal ein Drittel des Geldes – sind tatsächlich als „Hilfeleistungen“ bei den Kindern und Jugendlichen angekommen. Dies erklären Sie auf unsere Kleine Anfrage Anfang Mai. Der größte Teil der Gelder des BuT sind also nicht bei den Betroffen-

nen angekommen, sondern „in die Gesamtdeckung des Haushaltes des Sozialdezernates“ und damit in den Stadtsäckel geflossen. Der Clou dabei: Das nicht ausgegebene Geld – immerhin eine runde Million Euro – muss die Stadt nicht an den Bund zurückzahlen. Damit dieses Geld nun doch noch dort ankommt, wo es hin soll und nicht klammheimlich zur Gesamtdeckung von Haushaltslöchern missbraucht wird, fordern wir Sie und die Verantwortlichen der Wissenschaftsstadt Darmstadt auf, jedem der rund 7 000 berechtigten Darmstädter Kinder und Jugendlichen einen einmaligen Betrag von 150 Euro direkt und unbürokratisch auszuzahlen. Dies dürfte auch rechtlich möglich sein, denn die Ausgabe der aus 2011 übriggebliebenen 1.143.446 Euro ist nicht mehr an die gesetzlichen Vorgaben des Bildungs- und Teilhabepaketes gebunden.

www.linksfraktion-darmstadt.de/

Haushaltskonsolidierung ohne Zwangsmaßnahmen: LÜBECK. Die Fraktion Die Linke begrüßt die geplante Aufhebung des sogenannten Kommunalhaushaltskonsolidierungsgesetzes durch die neue Koalition in Kiel. Die Fraktion hatte bereits in der vergangenen Bürgerschaftssitzung einen Antrag eingebracht in dem sie die zukünftige Landesregierung aufforderte, das bestehende Gesetz zur Haushaltskonsolidierung dahingehend zu verändern, dass es ohne Zwangsmassnahmen, wie z. B. das Streichen der Fehlbetragszuweisungen, gegen die verschuldeten Städte und Gemeinden in Schleswig-Holstein auskommt. Auch die Senkung des Eigenanteils zur Haushaltskonsolidierung wurde in dem Antrag gefordert. Ragnar Lüttke, Fraktionsgeschäftsführer kritisierte in der Begründung des Antrages das Gesetz der ehemaligen Landesregierung: „Das ist keine Gesetz zur Haushaltskonsolidierung, sondern ein Gesetz gegen Lübeck.“ Dieser Antrag fand in der Bürgerschaft allerdings keine Mehrheit. Die Oppositionsfraktionen lehnten ihn arrogant ab. „Umso wichtiger ist jedoch, dass die neue Koalition in Kiel das anders sah,“ so Ragnar Lüttke, „ist ein wichtiger Schritt in Richtung vernünftigem Umgang mit der öffentlichen Verschuldung. Jetzt müssen alternative Lösungen zum Schuldenabbau gefunden werden, die ohne sozialen Kahlschlag und Abbau der Kultureinrichtungen in den Kommunen auskommen.“ <http://www.die-linke-fraktion-luebeck.de>

(Zusammenstellung: ulj)

Tarifabschluss im Zeichen der Bankenkrise

Die Tarifrunde 2012 bei den privaten und öffentlichen Banken stand wie schon 2010 im Zeichen der andauernden Finanzkrise. 2010 konnte zum zweiten Mal nach 2008 der Reallohn nicht gesichert werden, seit 2008 blieb der Banktarif ca. 4 % hinter der Tarifentwicklung der Industrie zurück.

In diesem Jahr konnte eine breite Tariffbewegung erstmals wieder den Reallohn sichern und – vorausgesetzt es bleibt bei der jetzigen Inflationsrate – etwas steigern: Nach 4 Nullmonaten, für die eine Pauschale von 350 Euro vereinbart wurde, steigt das Tarifgehalt ab Juli 2012 um 2,9% und ab Juli 2013 nochmal um 2,5%. Die Laufzeit bis 30.04.2014 beträgt 26 Monate. Die laufenden Rationalisierungsmaßnahmen werden weiterhin mit einer Verlängerung der Vorruhestandsmöglichkeit – 2 Jahre vor frühestem Rentenbeginn – abgefedert, für die Auszubildenden gibt es eine weitgehende Übernahmeverpflichtung. Der x-te Vorstoß der Arbeitgeber, Samstagsarbeit auszudehnen, wurde erneut abgewiesen.

Voraussetzung für diesen Abschluss war eine erstmals seit Jahren wieder breite Tariffbewegung. Fast 10 000 Kol-

leginnen und Kollegen beteiligten sich bundesweit an Warnstreiks und eintägigen Streiks (Überblick: siehe Bildunterschrift). Das ist eine hohe Teilnehmerzahl, wenn man berücksichtigt, dass die privaten und öffentlichen Banken inzwischen nur noch ca. 220 000 Angestellte beschäftigen – die Genossenschaftsbanken und Sparkassen fallen bis auf Ausnahmen nicht unter diesen Tarifvertrag und es gibt zahlreiche Haustarifverträge. Befeuert wurde die Teilnahme nicht nur durch den Ärger über Vorstandsgehälter, die wieder das Vorkrisenniveau anstreben – Blessing/Commerzbank 3,5 Mio. im Jahr. Ein wichtiges Motiv insbesondere für viele Kundenberater aus den Filialen war die Forderung nach Schutz der Berater vor Disziplinierung durch die Behörden bei Kundenbeschwerden. Nach Anlegerschutzgesetz kann die Bundesanstalt für Finanzaufsicht sogar Beschäftigungsverbote gegen Angestellte verhängen, selbst wenn diese gemäß Richtlinien ihres Arbeitgebers beraten und verkaufen. In einer „gemeinsamen Erklärung der Tarifparteien“ heißt es jetzt: „Die Arbeitgeber des privaten und öffentlichen Bankgewer-

IG Metall zieht Leihbeschäftigte aus Niedriglohnzone heraus

Die diesjährige Tarifaussensatzung der IG Metall mit den Arbeitgeberverbänden endete mit einem Erfolg für die Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie. Die Entgelte und Ausbildungsvergütungen erhöhen sich ab 1. Mai 2012 um 4,3%. Umgerechnet auf 12 Monate entspricht dieser Abschluss einer Erhöhung von knapp 4%. Für die Auszubildenden wurde der Grundsatz der unbefristeten Übernahme nach Abschluss der Ausbildung vereinbart. Die Leiharbeit wird schärfer reguliert. Es darf durch den Einsatz von Leiharbeitskräften keine feststellbare Beeinträchtigung der Entgelt- und Arbeitsbedingungen und keine Gefährdung der Arbeitsplätze entstehen. Spätestens nach einer Beschäftigungsdauer von 24 Monaten sind künftig Leiharbeitsbeschäftigte in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu übernehmen.

Neben diesen bekannten und für die Belegschaften spürbaren Verbesserun-

gen gibt es jedoch noch einen weiteren bemerkenswerten Erfolg.

Die IG Metall erreicht auch deutliche direkte materielle Verbesserungen für Leiharbeitsbeschäftigte. Erstmals gelang der IG Metall in einer parallel geführten Auseinandersetzung mit den Bundesverbänden der Zeitarbeitsbranche die Durchsetzung von Branchenzuschlägen für den Einsatz von Leiharbeitskräften. Dieser in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommene Vorgang hebt das Niveau der Entgelte von ca. 250000 Leiharbeitskräften in der Metall- und Elektroindustrie deutlich an. Erstmals gelingt es damit einer Gewerkschaft, den stetigen Trend der Ausweitung der Niedriglohnzone zurück zu drängen und ein deutlich verbessertes Niveau für Leiharbeitsbeschäftigte durchzusetzen. Das ist noch kein vollständiger Erfolg im Sinne der Forderung nach gleichem Geld für gleiche Arbeit. Aber es ist ein wesentlicher Schritt und kann

bes bekräftigten ihre Fürsorgepflicht gegenüber ihren Mitarbeiter/innen. Vor diesem Hintergrund haben Mitarbeiter/innen, die die Vorgaben des Unternehmens einhalten, keine arbeitsrechtlichen Sanktionen zu erwarten.“ Im Falle eines Beschäftigungsverbots durch die Bafin müsste die Bank den

Berater also auf einem vergleichbaren Arbeitsplatz weiterbeschäftigen.

Die Berater werden gut daran tun, die Vorgaben des Unternehmens und die Kundengespräche ausführlich zu dokumentieren. Dafür brauchen sie ausreichend Zeit!

Georg Stingl



10.5. Braunschweig 300 Streikteilnehmerinnen- und teilnehmer, 11.5. Hannover 400, 16.5. Berlin 700, 16.5. Wiesbaden 700, 22.5. Karlsruhe 200, 23.5. Heilbronn 800, 23.5. Dresden 100, 24.5. Leipzig 150, Regensburg 100, Hamburg/Kiel/Lübeck 500, Saarbrücken 1 000, München 1 200, 25.5. Mannheim 200, Stuttgart 800, Frankfurt 550, 4.6. Braunschweig 350, Hannover 400 – Bild: Streikposten vor der dwpbank in Frankfurt

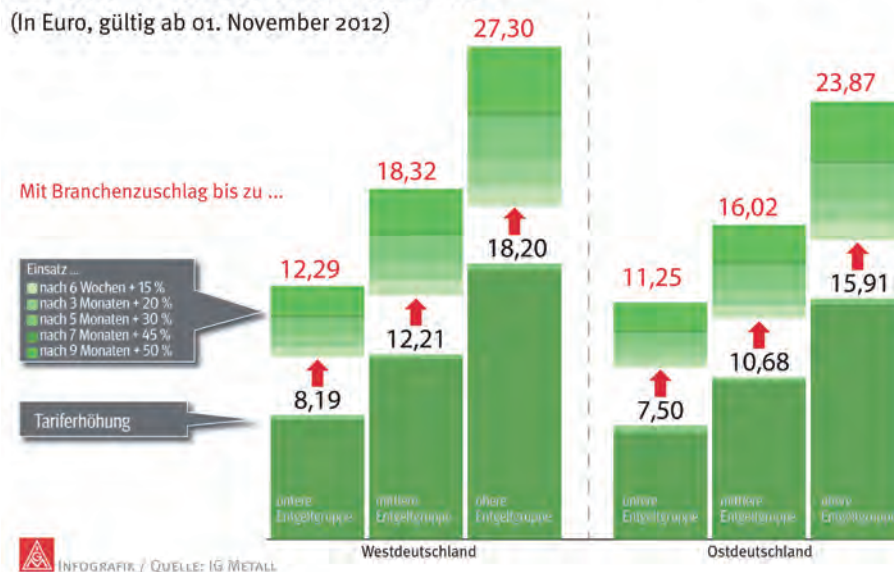
DIHK kritisiert zu langsamen Krippenausbau. LZ, Mo., 21.5.2012. Der Präsident des DIHK H.-H. Driftmann befürchtet, dass im August 2013 viele Eltern bei der Suche nach einem Kita-Platz leer ausgingen. Der Ausbau schreite viel zu langsam voran. Aergehe davon aus, dass deutlich mehr als 260 000 Betreuungsplätze fehlten.

Arbeitgeberverbände loben Merkels Sparpolitik für Europa. HB, Mi., 23.5.12. Wichtigster Verbündeter der Kanzlerin in ihrem Kampf gegen schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme ist die deutsche Wirtschaft. Beim Treffen der acht größten Industriestaaten war Angela Merkel weitgehend isoliert, aber die deutschen Wirtschaftsverbände unterstützen ihre Politik. „Teure staatliche Ausgabenprogramme und Wachstum sind ein Widerspruch – nicht aber Haushaltskonsolidierung und Wachstum“, sagt der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, M. Wansleben. Auch der Präsident des Verbands „Die Familienunternehmer“, L. Goebel, nimmt gegen die keynesianische Strategie von Frankreichs Präsident Hollande Stellung: „Wachstum durch noch mehr Schulden ankurbeln zu wollen dreht nur die Schuldenspirale weiter nach oben. Konjunkturprogramme entfachen meist nur Strohfeuer.“

BDA fordert weitere Einschränkung der Leistungen sozialer Sicherungssysteme. HB, Do., 24.05.12. Arbeitgeberpräsident D. Hundt kritisiert: „In Deutschland erreichen die Staatseinnahmen und die Beschäftigtenzahl Höchststände, gleichzeitig sind die Kreditzinsen auf einem historischen Tiefstand. „Wann, wenn nicht jetzt, soll da noch in den nächsten Jahren ein ausgeglichener Staatshaushalt gelingen?“, fragte er. Er zeigte kein Verständnis dafür, dass die Koalition die sozialen Sicherungssysteme nicht mit Reformen auf die demographische Entwicklung vorbereite, sondern den Bürgern noch eine Ausweitung der Leistungen in Aussicht stelle, ohne die Finanzierung mit Bundesmitteln zu sichern. Die Regierung mache Versprechungen, die sie nicht einlösen könne. Eine Zusatzrente für Geringverdiener koste pro Jahr eine Milliarde Euro. Das geplante Betreuungsgeld konterkarriere die Bemühungen von Wirtschaft und Politik, Beruf und Familie besser zu vereinbaren, um mehr Fachkräfte zu gewinnen. Bis 2030 werde die Zahl der Erwerbsfähigen um acht Millionen schrumpfen, warnte Hundt. Sein Lob galt der Regierung unter Kanzler Schröder. Rot-Grün habe nach jahrzehntelanger steigender Arbeitslosigkeit die Trendwende erreicht.

Künftige Stundenlöhne für Leihbeschäftigte in der Metall- und Elektroindustrie

(In Euro, gültig ab 01. November 2012)



Maßstab für künftige Tarifabschlüsse im privaten und öffentlichen Dienstleistungssektor werden. Die Branchenzuschläge reichen von 15% nach der sechsten Einsatzwoche bis zu 50% nach neun Monaten.

Die oben stehende Tabelle gibt Auf-

schluss über die Auswirkungen dieser Zuschläge auf die Tarife der Leiharbeitsbeschäftigten, wie sie mit dem Bundesverband der Zeitarbeitsunternehmen vereinbart worden sind.

Bruno Rocker

Zusammenstellung: rst

Krachende Niederlage für die CDU und für Die Linke – FDP steigert Ergebnis – Piraten erstmals in den Landtag gewählt

„Kraft triumphiert – CDU-Debakel: Röttgen tritt ab“, so titelte die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) am Tag nach der Wahl zum nordrhein-westfälischen Landtag am 13.5. 2012. Ähnlich wie in anderen Zeitungen kam der Wahlerfolg der FDP und der Piraten erst in der Unterzeile vor, ebenso die Niederlage der Partei Die Linke. Tatsächlich konnte die SPD ihre Stimmen deutlich um 4,6 % steigern, während die CDU 8,3 % einbrach. Die Grünen, vor wenigen Monaten noch in einem Hoch, erhielten 0,8 % weniger. Neben der SPD sind die eigentlichen Wahlsieger die Piraten (+ 6,2 %) und die vorher schon totgesagte FDP, die ihren Stimmenanteil sogar noch steigern konnte (1,9 %).

Die SPD erhielt ihre Stimmengewinne – anders als in Schleswig-Holstein – nicht etwa aus der Opposition heraus, sondern als führende Regierungspartei in einer Minderheitsregierung. Die rot-grüne Mehrheit hat ihr Ziel, das sie bei der Auflösung des Landtages verfolgte, also erreicht: Sie ist gestärkt und kann in Zukunft mit einer deutlichen Mehrheit von 19 Stimmen regieren.

Am erstaunlichsten ist vielleicht das Wahlergebnis der FDP. Wie in Schleswig-Holstein schaffte sie aus einem Umfragetief heraus einen grandiosen Wahlerfolg. Dabei zeigen die Analysen über die Wählerwanderung, dass sie viele Stimmen von CDU-Wählern erhielt, die sie als mögliche Koalitionsoption nicht aufgeben wollte. Voraussetzung dafür war der „Einstieg“ von

Christian Lindner als Spitzenkandidat, der im Gegensatz zur bisherigen NRW-Parteispitze der FDP als solider Liberaler gilt und auch für CDU-Anhänger wählbar war.

Dass CDU-Spitzenkandidat Norbert Röttgen zurücktrat und von Bundeskanzlerin Angela Merkel auch als Bundesminister fallen gelassen wurde, macht deutlich, wem die CDU die Niederlage anlastet. Röttgen hatte sich nicht festlegen wollen, ob er auch bei einer Wahlniederlage in den Landtag geht und war insofern ein Kandidat auf Abruf.

Die Piraten haben eher etwas schlechter abgeschnitten, als in vielen Umfragen. Sie schafften es als erste Partei in NRW, ohne kommunale Basis in den Landtag einzuziehen. Das war weder bei den Grünen noch bei der Linken der Fall.

Die Linke schnitt schlechter ab, als erwartet und verlor nach Wähleranalysen rund 90 000 Stimmen an die SPD und rund 80 000 an die Piraten. Beides hätte für sich gereicht, den Einzug in den Landtag zu verfehlen. Ans Nichtwählerlager verlor Die Linke landesweit nur rund 20 000 Stimmen. Diese Wählerwanderungen machen das Dilemma der Partei Die Linke deutlich: Die Gründe für die Abwanderungen dürften nämlich sehr unterschiedlich sein. Für die einen war Die Linke vermutlich ein zu unzuverlässiger Partner der rot-grünen Minderheitsregierung. Die anderen hat sie schlicht übersehen oder sie war ihnen nicht „frech“ genug.

Für beide war offensichtlich der Gebrauchswert der Partei Die Linke nicht mehr erkennbar. Insgesamt folgt daraus, dass die Akzeptanz der Partei Die Linke in NRW gesunken ist und wahrscheinlich noch weiter sinken wird. Das Ergebnis ist schlechter, als die 2,1 % für die WASG und 0,9 % für die PDS bei der Landtagswahl 2005, die zur vorgezogenen Bundestagswahl führte.

Die folgenden Beiträge befassen sich vor allem mit dem Wahlergebnis der Partei Die Linke. Die Analyse dieses Wahlergebnisses ist notwendig, wenn man daraus lernen will – auch wenn das im Landesverband Die Linke NRW nicht so populär ist. Sie befassen sich nicht mit der Frage, wieso es überhaupt zur Neuwahl kam. Diese Frage sollte schon noch aufgeworfen werden, denn das „Nein“ der Partei Die Linke zum Haushalt in der ersten Lesung war nicht „alternativlos“. Die Gespräche mit rot-grün hätten noch mindestens bis zur Endabstimmung fortgesetzt werden können, und das hätte zumindest wertvolle Zeit gebracht. In der Öffentlichkeit konnte Hannelore Kraft das „Nein“ jedenfalls glaubhaft als Zockerei darstellen.

Die FDP hat gewonnen, Die Linke verloren. Das sieht man auch am neuen Koalitionsvertrag, der bei Redaktionsschluss vorgelegt wurde: Rot-Grün will eine Milliarde Euro jährlich im Haushalt einsparen, auch beim Personal.

Wolfgang Freye

SPD, Piraten und Linke haben ähnliche Wählerklientel in Köln

Das Wahlergebnis für Die Linke ist verheerend. Dass ein Wiedereinzug in den Landtag schwer zu schaffen war, zeichnete sich früh ab. Aber mit welcher Deutlichkeit die Wählerinnen und Wähler gesprochen haben, sollte alle Parteimitglieder nachdenklich machen. Es gibt eine Reihe von Fehlern, über die die Diskussion in der Linken begonnen hat.

Im nachfolgenden Artikel geht es darum, Kölner Besonderheiten des Wahlergebnisses aufzuzeigen, die zwar im Verlust-Trend liegen, aber doch Abweichungen aufzeigen.

Rheinland Metropole für die Linke wichtig

Die Linke hat in ganz NRW mit 194.539 Stimmen nur noch 44% ihrer Stimmen erhalten, die sie noch 2010 bei der Landtagswahl erhielt. War die Linke traditionell im Ruhrgebiet stärker als im Rheinland, so sind die Verluste im Rheinland geringer als im Ruhrgebiet. Die Linke in Köln hat 14.283 Stimmen, 3,4 %. Das sind 52,5% der Stimmen von 2010.

Die Kölner Linke trug 2010 mit 6,2 % Stimmenanteil an allen Stimmen der Linken in NRW dazu bei, dass die Linke in NRW in den Landtag einzog. 2012

liegt der Kölner Stimmanteil nunmehr bei 7,3 %.

Das liegt etwa im Landesdurchschnitt. Die Kölner insgesamt haben 2012 mit 424.634 ca. 7,6 % Wählerinnen- und Wähleranteil in NRW. Der Stimmanteil der Kölner SPD z. B. an allen SPD-Stimmen in NRW beträgt zum Vergleich nur 4,9% (2010: 4,8). Die Kölner Grünen holten dagegen 9,4 % (9,1) ihrer Stimmen und die Piraten 5,6 %.

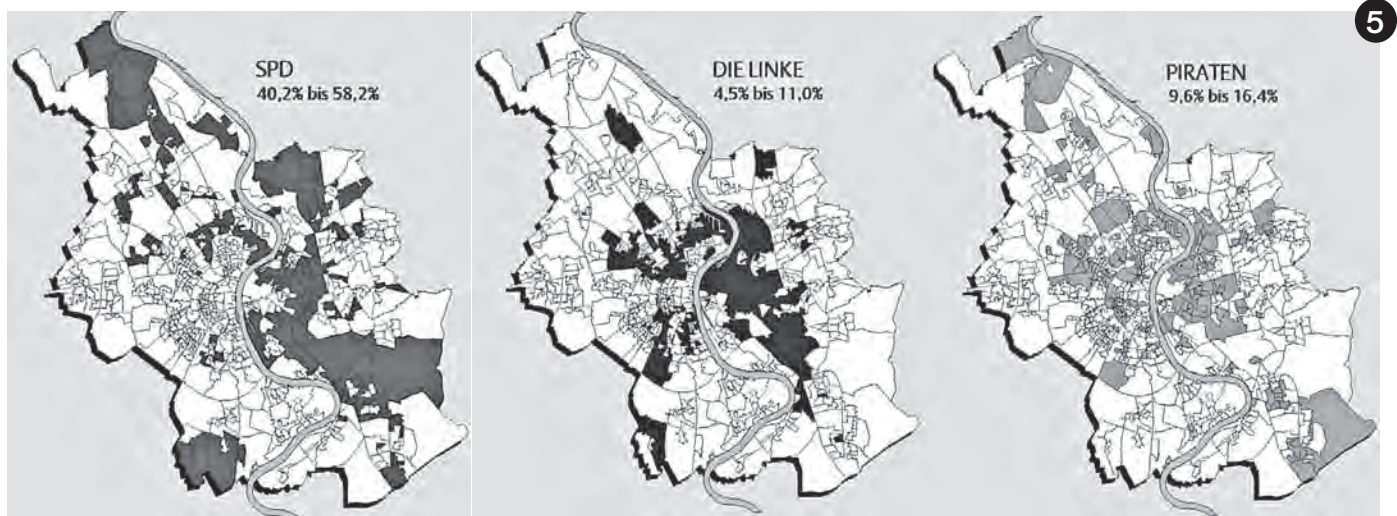
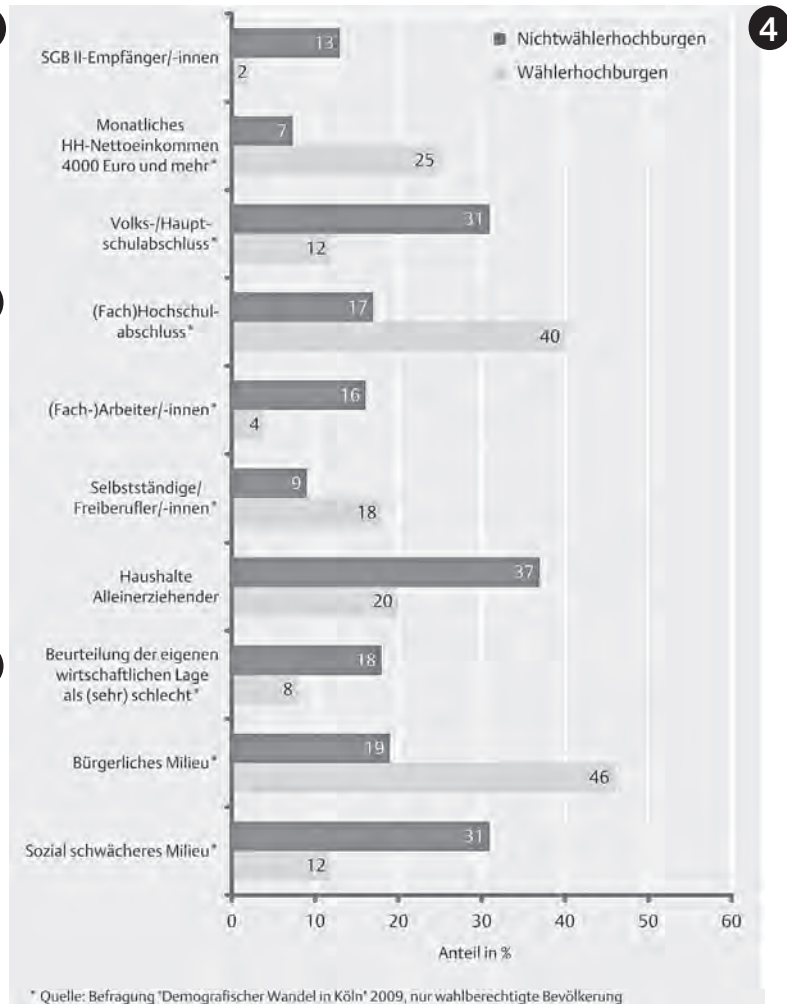
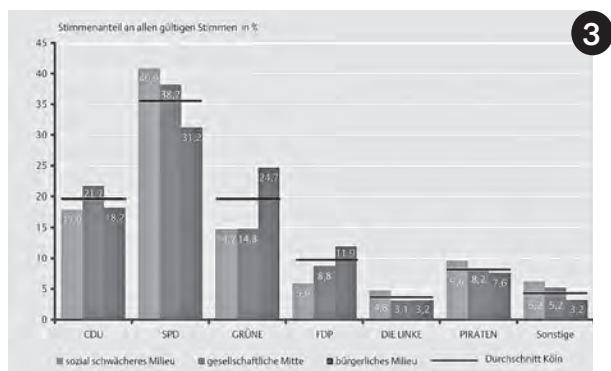
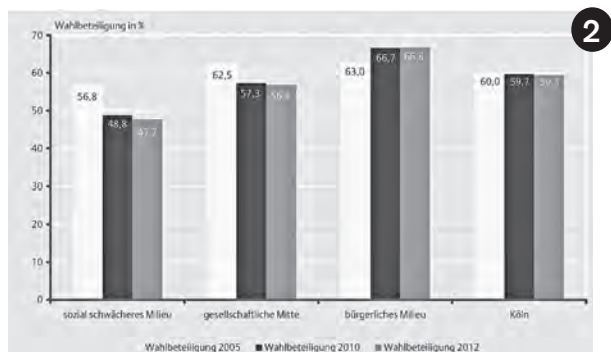
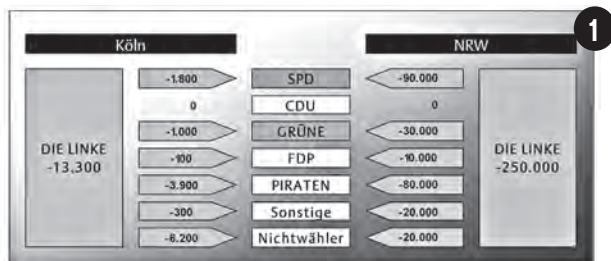
Dies bestätigt die Meinung der Kölner Linken, dass man in den letzten Monaten „eigentlich nicht so schlecht gearbeitet“ habe und im Wahlkampf

„sich Mühe gegeben hat“. Es kann aber auch sein, dass die Kreisverbände der Linken im Ruhrgebiet und in den ländlichen Regionen einfach schlechter gearbeitet haben. Das sind Fragen, die die Linke in NRW in den nächsten Monaten klären sollte.

Wählerwanderung

Dem nebenstehenden *Schaubild 1* kann man die Wählerwanderungen entnehmen. Das Kölner Ergebnis der Linken entspricht nicht dem Landesdurchschnitt. Hat die Linke in NRW 36 % ihrer Wählerabwanderungen an die SPD verloren, so sind es in Köln nur 13,5%.

Dagegen hat die Kölner Linke deutlich an die Nichtwähler verloren, 6200 Wählerinnen und Wähler gleich 46 %. Im Landesdurchschnitt liegt diese Zahl bei 8 %. An die Piraten haben die Kölner Linken 29 % (NRW 32 %)



und an die Grünen 7,6 % (NRW 12 %) verloren. Dies bedarf einer eingehenden Untersuchung: Was sind die Gründe, dass in Köln so viele Personen zur Gruppe der Nichtwähler wechselten? Vieles spricht dafür, dass diese Wähler von der Linken nicht zur Stimmabgabe motiviert werden konnte, sie aber auch nicht einfach eine andere Partei gewählt haben. Denkbar ist aber auch, dass die Kölner Linke viele arme Leute nicht mehr erreicht hat. Die Wahlbeteiligung der „sozial schwächeren Milieu“ betrug 2005 56,8%, 2010: 48,8% und 2012 47,7%. *Schaubild 2*

Soziale Milieus und Wahlergebnisse in Köln

Die Kölner Linke erzielte in „sozial schwächeren Milieu“ 4,8 % der Stimmen. Auch die SPD und die Piraten haben in diesem Milieu ihre jeweiligen höchsten Stimmenanteile mit 40,9 % (SPD) und 9,6 % (PIRATEN). Bei der SPD und den Linken hätte man dies vielleicht vermutet, bei den PIRATEN dagegen nicht. *Schaubild 3*

Das heißt aber noch lange nicht, dass die drei Parteien ihre absoluten Stimmen aus diesem Milieu haben. Ganz im Gegenteil:

	SPD	Linke	Piraten
Sozial schwächeres Milieu	27.325	3.202	6.432
Gesellschaftliche Mitte	20.946	1.697	4.508
Bürgerliches Milieu	60.451	6.109	14.706

Die Wahlbeteiligung in diesem Milieu ist mit 47,7 % schlecht. D.h. die Piraten haben in dieser Gruppe vermutlich der Linken viele Stimmen abgenommen.

Zwar konnte die Linke im Stadtteil Chorweiler 8,3 % der Stimmen gewinnen und die Piraten 9,4%, aber bei einer Wahlbeteiligung von 29%. Von den 6 000 Wahlberechtigten sind nur 1.740 hingegangen. Ein niederschmetterndes Ergebnis.

Das *Schaubild 4* „Wählerhochburgen nach sozioökonomischen Merkmalen“ zeigt noch einmal sehr prägnant die Wirkung der Faktoren Bildung, Einkommen und Stellung auf das Wahlverhalten der Kölnerinnen und Kölner.

Die Hochburgen der Wählerinnen und Wähler von SPD, Linke und Piraten wohnen auch in den gleichen Stadtteilen *Schaubild 5*. Völlig anders als bei den Grünen (vor allem in der Innenstadt) oder CDU und FDP (z. B.

Rodenkirchen etc.) Bei Lichte betrachtet, gibt es zwischen SPD, Linke und Piraten Themen, die sich überschneiden, Mindestlohn, Grundeinkommen etc. Im ersten Moment vielleicht eine Überraschung, bei näherer Überlegung, dann auch wieder nicht.

Fazit

„Mit steigender Wahlenthaltung verliert die Gruppe der politikfernen Nichtwähler allerdings immer stärker an direktem politischem Einfluss, da ihre Meinung durch die hohe Wahlenthaltung nicht mehr in dem Maße in den allgemeinen Willensbildungsprozess einfließt, wie es ihrem Anteil an der Gesellschaft entspräche“ schlussfolgert das Amt für Stadtentwicklung und

Statistik in seiner Kurzwahlanalyse über die Landtagswahlen 2012.

Seit vielen Jahren legen die Mitarbeiter diesem Amtes immer wieder sehr interessante und nachdenkliche Wahlanalysen vor, wie es sie in kaum einer anderen Kommune gibt.

Die Linke sollte auch diese Hinweise bei der weiteren Wahlanalyse berücksichtigen und Überlegungen anstellen, wie ein Teil der Kölner Stadtgesellschaft nicht ausgegrenzt werden darf!

Jörg Detjen

Quelle: Wahlen in Köln – Kurzwahlanalyse der Landtagswahlen 2012. Kölner Statistische Nachrichten 3-2012. <http://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf32/wahlen/kurzwahlanalyse.pdf>

Die Ergebnisse der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 13. Mai 2012 – Wahlbericht und erste Analyse

Wir dokumentieren Auszüge aus der Wahlanalyse von Konstanze Kriese, Benjamin Hoff und Horst Kahrs. Der gesamte Text kann nachgelesen werden unter <http://www.benjamin-hoff.de/>

Die Linke nach den letzten Landtagswahlen und der NRW-Wahl

Die Linke ist binnen Wochenfrist erneut von den Wählerinnen und Wählern heftig abgewatscht und aus einem Landesparlament hinaus gewählt worden. Deutete sich bereits 2011 ein Abwärtstrend an, so ist die Linke mit den Ergebnissen im Saarland (-5,1%), in Schleswig-Holstein (-3,8%) und nun in Nordrhein-Westfalen (-3,1%) in den westdeutschen Bundesländern deutlich ins Rutschen geraten.

Die Linke, deren Entstehung untrennbar mit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Jahre 2005 verbunden ist, verliert im bevölkerungsreichsten Bundesland ihre landesparlamentarische Repräsentanz.

Vielschichtige Ursachen

Die Gründe für die negativen Wahlergebnisse der Partei bei den letzten Wahlen sind vielschichtig und nicht auf einen Nenner zu bringen.

Regierung – Opposition? Die Ausgangslagen bei den Landtagswahlen waren so unterschiedlich, dass die Konstellation keine entscheidende Rolle gespielt haben dürfte. Ob aus der Regierung oder Opposition heraus Wahlkampf gemacht wurde, ob mit dem Ziel des Regierens oder mit dem Ziel der konsequenten linken Opposition, spielte bei Landtagswahlen 2011-12 offenbar nur eine untergeordnete Rolle. Hinzu kommt, dass die Wahlen

Die Linke in NRW erhält als weiterer Landesverband die Quittung für die Unterlassungssünden im Parteiaufbau und die politische Aufstellung auf Bundesebene ...

... Die Wahlniederlage in Nordrhein-Westfalen besitzt zudem eine hohe Symbolkraft, weil das Ergebnis von WASG und PDS aus dem Jahr 2005, das am Anfang der Parteigründung stand, noch unterboten wurde. Es wird daher allen Kommentatoren außerhalb und innerhalb der Partei, die das Ende des gemeinsamen Parteiprojektes bereits vor Augen haben, willkommen sein, eben dieses weiter heraufzubeschwören.

von Landesverbänden bestritten wurden, die zumindest innerparteilich als Vertreter unterschiedlicher politischer Linien wahrgenommen werden.

Offene Personalfragen? Die hohen Verluste 2012 könnten mit offenen Personalfragen oder mit der „Selbstbeschäftigung“ in Gestalt von „Personalquerelen“ erklärt werden. Sicher, offene Personalfragen tragen dazu bei, dass eine Partei einen zerstrittenen Eindruck hinterlässt. Aber nur dann, wenn innerparteiliche Auseinandersetzungen in der Form von Personaldebatten geführt werden und hinter der Personalisierung nicht mehr zu

erkennen ist, um welche Lösung für welche Probleme welcher Wähler/-innenschichten dabei gestritten wird.

Fehlende Parteistrukturen? Eine weitere Erklärung könnte in den fehlenden Parteistrukturen gesucht werden. In allen drei Ländern, in denen zuletzt gewählt wurde, waren die Parteistrukturen gegenüber der parlamentarischen Stärke auf der Landesebene unterentwickelt. Entsprechend hoch ist in einer solchen Situation die Abhängigkeit der Kommunikation einer Partei mit ihren Wählerinnen und Wählern von den Medien, von medienwirksamen Personen und den Fraktionen. In Nordrhein-Westfalen war bereits bei der Landeslistenauflistung 2010 dieses Problem erkannt und auf einen starken Landesvorstand gegenüber der erwarteten Parlamentsfraktion gesetzt worden. So konnte es gelingen, im parlamentarischen Umgang mit der rotgrünen Minderheitsregierung politische Lernprozesse zu organisieren ...

... **Vertane Möglichkeiten?** Stockender Parteiaufbau, mangelhafte innerparteiliche Debatte, Kultur, die nur „richtig“ oder „falsch“, „schwarz“ oder „weiß“ kennt, aber nicht die Grautöne des Lebens wahrhaben will, die mit dem Gründungsgeschenk der sozialen und politischen Vielfalt nichts anzufangen weiß, liegen in der Verantwortung der Parteiführung. In ihrem Vorbild, ihren offen debattierten und nachvollziehbaren Lösungen von Konflikten und Problemen, verändern sich auch Haltung und Habitus in den Basisorganisationen – oder eben nicht. Die unterschiedlichen politischen und sozialen Erfahrungen und Sichtweisen auf die Probleme im Land, die in der neuen Partei zusammenfanden, wurden schon früh als Probleme mangelnder Geschlossenheit identifiziert und nicht als Chancen zur politischen Wei-

Tabelle: DIE LINKE: Die Wahlergebnisse in NRW

	BTW02	LTW05	BTW05	BTW09	LTW10	LTW12
Stimmen	125.446	254.977	529.967	789.814	435.627	194.539
% Wahlberechtigte	1,0%	1,9%	4,0%	5,9%	3,3%	1,5%
% Stimmen	1,2%	3,1%	5,2%	8,4%	5,6%	2,5%

terentwicklung und sozialen Verankerung in möglichst vielen Alltagswelten. Der Wert einer pluralen Linken wurde bisher weder wirklich verstanden noch genutzt. Zusammen mit zurückgehenden.

Erkenntnisse der Wahlstatistik

Politische Lernprozesse zu organisieren und Besserwisseri und Rechthaberei zu bekämpfen, sind notwendig, wenn die Lebensgrundlage der Partei, die soziale und politische Vielfalt gerettet werden soll. Denn die Wahlergebnisse zeigen, dass die Partei Wähler/-innen in unterschiedliche Richtungen verliert.

Die Zustimmung bei Wahlberechtigten unter 45 Jahren ist zum Teil stark rückläufig. Hier ziehen die an den Erfahrungen mit dem traditionellen bundesdeutschen Sozialstaat ausgerichteten Themen vermutlich nicht mehr ausreichend, weil unter den Bedingungen eines auf Dauerkrise gerichteten prekarierten Arbeitsmarktes die Sozialsstaatsnormen nicht mehr als erreichbares Ziel gelten. Ihre Botschaft an die Partei könnte lauten: Nehmt mehr von unserer Sicht auf die Verhältnisse, unseren Zielen in eure politischen Themen auf.

Bei den letzten drei Wahlen zeigte sich auch, dass viele Wähler/-innen im Alter von 45-60 Jahren, die den Weg von der SPD zur Linken mitgegangen waren, die Partei nicht erneut wählten. Manchegingen zurück zur SPD, andere wurden Nichtwähler. Hier lautete die Botschaft dann: Ihr habt die verlorenen sozialstaatlichen Sicherheiten und über den Haufen geworfenen Lebensplanungen auch nicht retten können.

Es ist ein überdurchschnittlicher Rückgang bei Wähler/-innen mit mittlerer und niedriger formaler Bildung zu beobachten, bei Erwerbstätigen und hier bei Arbeiter/-innen. Möglicherweise handelt es sich hierbei um diejenigen Prekarierten des Arbeitsmarktes, über die eine Studie der Bertelsmann-Stiftung jüngst herausfand, dass sie deutlich seltener überhaupt zur Wahl gehen. Ihre Botschaft lautete dann: Ihr könnt auch nichts für uns erreichen.

Zuletzt kam ein deutlich überdurchschnittlicher Rückgang der Stimmenanteile unter Gewerkschaftern hinzu, was nicht an der Besetzung von gewerkschaftlichen Themen gelegen haben kann. Ihre Botschaft wäre eher so zu entziffern: Ihr könnt eure politischen Einfluss nicht geltend machen bzw. wollt es nicht.

Nach diesem Muster ließen sich aus den vorliegenden Wahlanalysen weitere Botschaften an die Partei herauslesen. Der Wähler ist der Souverän, er will den Parteien über seine Stimmabgabe einen Auftrag erteilen, eine Botschaft überbringen Sie alle würden

nicht belegen, dass Die Linke nicht mehr gebraucht wird, sondern dass sie ihre Hausaufgaben machen und sich veränderten politischen und sozialen Umweltbedingungen anpassen muss. Die unterschiedlichen Richtungen, in die die Wähler sich abwandten, fordern auch dazu auf, die Komplexität der Verhältnisse anzunehmen. Eine einfache Lösungen und ihre Durchsetzbarkeit glauben offensichtlich nur noch wenige. Eine politische Grundansprache im Gestus eines „Wir haben verstanden!“ wäre die Grundvoraussetzung aller Schwerpunktsetzungen zur Bundestagswahl 2013 ...

Die Abwanderung: Wo blieben die Wähler_innen von der Vorwahl?

Die bisher für NRW vorliegenden Wanderungsbilanzen zeigen für Die Linke ein neues Phänomen: Die Abwanderung aus Enttäuschung in die Wahlenthaltung spielt eine vergleichsweise geringe Rolle. Dafür teilt sich das Wählerpotential der Partei in zwei Richtungen: die einen (32%) suchen, könnte man interpretieren, bei den Piraten eine neue, unverbrauchte Partei mit einem offeneren Politikstil; die anderen (48%) wollen nach der Ablehnung des Haushaltes der rotgrünen Landesregierung lieber eine rotgrüne Mehrheitsregierung als eine erneute Abhängigkeit von der Strategie der Linken.

Hinweise aus den Vorwahlumfragen

Eine von der INFO GmbH Anfang April für die „Wirtschaftswoche“ durchgeführte repräsentative Telefonumfrage stellte im Auftrag des Bereiches Strategie und Grundsatzfragen beim Parteivorstand einige zusätzliche Fragen zur Sicht auf die Linke. Diese Umfrage zeichnet ein bemerkenswertes Bild von der Linken (in NRW). Die Forderungen unserer Partei erzielten eine große Zustimmung. Als „sehr wichtig“ und „wichtig“ für die eigene Wahlentscheidung erachteten die Forderung „Löhne rauf – Ihr seid es wert!“ 65% der Befragten, die Forderung „Kita für alle – jetzt & gebührenfrei“ 60%. „Milionärsteuer als Schuldenbremse“ 55% und „Sozialticket für ganz NRW“ 41%. Bemerkenswert hieran ist, dass die Forderung, wegen der die Fraktion dem Haushalt nicht zustimmte, nur den vierten Platz belegt. Die Zustimmung war im Übrigen bei allen Themen unter weiblichen Befragten größer als unter männlichen, die Zustimmung verteilte sich ebenso recht gleichmäßig über alle Altersgruppen. Am größten war

die Zustimmung unter potentiellen WählerInnen der Linken, gefolgt von potentiellen SPD-WählerInnen und NichtwählerInnen. An den gewählten Themen kann die Wahlniederlage also nicht gelegen haben. Allerdings wurden die Themen nicht vorwiegend mit der Linken verbunden. Nur bei der „Milionärsteuer als Schuldenbremse“ vermutete eine Mehrheit Die Linke als Absender, bei allen anderen Themen mit meist deutlicher Mehrheit die SPD, bei der Kita-Forderung sogar noch die Grünen häufiger als Die Linke.

Ein zweites thematisches Problem offenbarten die Fragen zur Neuverschuldung und Schuldenbremse. Zwar fand sich unter potentiellen WählerInnen der Linken auf die Frage nach geeigneten Maßnahmen zur Reduktion der Neuverschuldung mit 43% die höchste Zustimmung zu „Steuern erhöhen“, doch mehrheitlich votierten die Linke-Wähler wie alle Wähler für „Ausgaben insgesamt senken“ (81%), „Personal in der öffentlichen Verwaltung reduzieren“ (53%) und „Fördermittel für die Wirtschaft reduzieren“ (47%). Offensichtlich führt ein Alleinstellungsmerkmal bei der Staatsverschuldung nicht zur Sammlung des Wählerpotentials, sondern es droht die Entfremdung, wenn die Thematisierung abstrakt und nicht konkret an der Frage des Erhalts und Ausbaus bestimmter Einrichtungen und Stellen geführt wird (siehe Zustimmung zu Kita-Forderung).

Was folgt aus diesen Erkenntnissen?

Vor gut einem Jahr schrieben wir nach den damaligen Landtagswahlen eine Einschätzung unter der Überschrift „Der Trend ist kein Genosse“.

Nach den letzten Wahlergebnissen 2012 wäre dies eine beschönigende Überschrift für eine Gesamteinschätzung. Es handelt sich um mehr als einen Trend. Die Niederlage in Nordrhein-Westfalen ist der letzte Warnschuss der Wählerinnen und Wähler, der noch Konsequenzen für die kommenden Bundestagswahlen ermöglicht. Das jüngste Wahlergebnis zeigt, dass mit der bisher dominierenden Strategie unter den gegebenen Bedingungen Wahlen erfolgreich nicht zu bestreiten sind. Eine bessere Strategie wird nicht ohne offene und ehrliche Diskussion der unterschiedlichen Erfahrungen in den vergangenen zwei Jahren zu haben sein. Sie kann angesichts der Komplexität der Ursachen nur eine kollektive Leistung sein.

Tabelle: Wichtigste Probleme in NRW im Zeitverlauf der Vorwahlbefragungen (in %)

	Mai 2010	April 2012
Bildung / Schule / Ausbildung	64	33
Haushaltslage / Verschuldung / Land+Kommunen / Schuldenbremse	7	27
Arbeitslosigkeit	48	22
Soziale Ungerechtigkeit	3	10
Kinderbetreuung	7	10
Wirtschaftliche Situation	13	8
Integration von Ausländern + Migranten	4	5

Das Beschäftigungspaket der EU-Kommission

Am 18. April 2012 hat die Kommission eine Reihe von Dokumenten¹ veröffentlicht, in deren Zentrum die Mitteilung „*Einen Arbeitsplatzintensiven Aufschwung gestalten*“ (COM(2012) 173 final – im Folgenden: Mitteilung) steht. Dieses Bündel von Analysen und Maßnahmen ist die Antwort der Kommission auf Forderungen aus dem EU-Parlament und vielen Mitgliedsstaaten, der vor allem von der deutschen Bundesregierung forcierten einseitigen Austeritätspolitik Maßnahmen für Wirtschaftswachstum zur Seite zu stellen. Zwar habe die EU mit der Strategie Europa 2020 bereits eine „*Wachstumsstrategie von Weltklasse*“, wie die Kommission anlässlich des Schuman-Tages am 9. Mai selbstlobend erklärte. Doch nach der Implementierung der neuen wirtschaftspolitischen Koordinierung der EU, die neben der 2020-Strategie aus den Säulen des verschärften Stabilitäts- und Wachstumspaktes, der neuen Makroökonomischen Überwachung und dem noch nicht ratifizierten Fiskalpakt besteht, werden die Stimmen inner- und außerhalb der EU – und nicht zuletzt von linker Seite – immer lauter, die EU solle endlich „*das Wachstum ankurbeln*“. Bei dem von der Kommission vorgelegten Paket handelt es sich um Vorschläge, die in den meisten Fällen nicht mit EU-Legislativmaßnahmen verknüpft sind. Die meisten Maßnahmen liegen – abgesehen vom EU-Haushalt (siehe Kasten) – außerhalb der föderalen Kompetenz der EU und könnten nur auf mitgliedstaatlicher Ebene umgesetzt werden.

Plus 17,6 Millionen Arbeitsplätze bis 2020

Um das Beschäftigungsziel der 2020-Strategie von 75 % zu erreichen, fehlen in der EU zurzeit 17,6 Millionen Arbeitsplätze, so die Analyse der Kommission. Im Zuge der gnadenlosen Spar- und Kürzungspolitik als Folge der Bankenrettungen gingen in der EU seit 2008 6 Millionen Arbeitsplätze verloren, die Beschäftigungsquote lag im 3. Quartal 2011 bei nur 68,9 %. Die Arbeitslosigkeit liegt seit Anfang 2012 im EU-Durchschnitt über 10 %, in Griechenland und Spanien über 20 % (bei über 50 % Jugendarbeitslosigkeit in diesen Ländern). Gravierend ist zu-

dem ein beobachtbares wirtschaftliche Auseinanderdriften der Mitgliedstaaten und Regionen in der EU: Wegen der statistisch gesehen (das heißt von der Qualität der Beschäftigung abstrahierten) guten Beschäftigungslage vor allem in Deutschland, stieg laut Kommission die Beschäftigung jenseits der EU-Peripherie zwischen dem zweiten Quartal 2010 und dem zweiten Quartal 2011 um 1,1 Millionen. Allein 790.000 neue Jobs entstanden demnach in Deutschland.

Zukunftswachstum: Grüne Wirtschaft, Gesundheit, Informationstechnologie

Die Kommission hat zunächst drei Sektoren identifiziert, die besonders vielversprechend seien, um Rezession und Massenarbeitslosigkeit durch beschäftigungsträchtiges Wirtschaftswachstum entgegenzuwirken. Besonders in diesen sollen Maßnahmen wie die Förderung von Ausbildung, Anwerbungs- und Einstellungsverfahren oder Investitionen in Infrastruktur ergriffen werden. Diese drei Sektoren, denen die Kommission im Rahmen des vorgelegten Pakets jeweils ein eigenes Arbeitspapier gewidmet hat, sind: 1) Die „*grüne Wirtschaft*“, womit nicht nur Arbeitsplätze etwa im Bereich erneuerbarer Energien, sondern alle, die im Zuge einer erwünschten ökologischen Umgestaltung aller Wirtschaftsprozesse geschaffen oder umdefiniert werden, gemeint sind. Es gebe hier ein geschätztes Beschäftigungspotential von plus 5 Millionen bis 2020, vorwiegend für hoch- und mittelqualifizierte Arbeitskräfte. 2) Der Gesundheitssektor wuchs im Zeitraum 2000–2010 (in der EU 27) um 21%, das entspreche 4 Millionen neuen Stellen. Wegen der fortschreitenden Bevölkerungsalterung, Leistungsausweitungen, höheren Qualitätsanforderungen sowie steigender Nachfrage nach individueller Betreuung und professionellen sozialen Dienstleistungen geht die Kommission davon aus, dass dieser Wachstumstrend anhält. 3) In der im weltweiten Wettbewerb als Schlüssel-sektor betrachteten Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) gebe es bereits heute 3 % Beschäftigungswachstum pro Jahr, die Nachfrage übersteige längst das Angebot.

Arbeitsmarktreformen: Hartz plus Mindestlöhne

Allgemein, das heißt Sektor unabhängig, will die Kommission dreierlei Maßnahmen ergreifen: Sie will die „*Rahmenbedingungen im Bereich Beschäftigung*“ reformieren, das „*Moni-*

toring“ verbessern (Auswirkung der Lohnstückkosten auf Stabilität und Wachstum) und „*Investitionen*“ aus dem EU-Haushalt so steuern, dass sie das Beschäftigungswachstum unterstützen; sie sollen stärker an die Umsetzung der 2020-Ziele gebunden werden. Was bedeutet das konkret?

Zunächst schlägt die Kommission den Mitgliedsstaaten vor, Neueinstellungen, insbesondere von gering Qualifizierten, staatlich zu subventionieren und die Steuerlast vom Faktor Arbeit „*budgetneutral*“ auf Umwelt-, Verbrauchs- oder Vermögenssteuern umzulegen; außerdem sollen Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung gesenkt werden, um die Nachfrage nach Arbeitskräften anzukurbeln. Darüber hinaus sollen die Staaten Selbstständigkeit und Unternehmensgründungen stärker fördern und informelle Arbeit bzw. Schwarzarbeit in „*reguläre Beschäftigung*“ überführen.

Um prekärer Beschäftigung entgegenzuwirken, empfiehlt die Kommission allen Mitgliedsstaaten, Mindestlöhne einzuführen. Sie bezieht sich dabei auf bestehende Mindestlohnlevels von 30 bis 50 % des durchschnittlichen Bruttomonatsverdienstes, was vielfach kaum ausreichen dürfte, um Löhne zu garantieren, die Armut trotz Einkommen verhindern.

Weitere Forderungen zur Reform der Arbeitsmärkte orientieren sich am altbekannten Flexicurity-Modell, wie es seit der Hartz-Reform in Deutschland etabliert ist: Zum einen interne Flexicurity wie Arbeitszeitkonten, Kurzarbeitsregelungen, Öffnungsklauseln in Tarifverträgen, zum anderen externe Flexicurity wie Aktivierungspolitik nach dem Vorbild von Fördern und Fordern, Lockerung des Kündigungsschutzes (laut Kommission um Arbeitsmarktsegmentierung und Scheinselbstständigkeit einzudämmen), Verbesserung der Arbeitsvermittlung verbunden mit permanenten Weiterqualifizierung (lebenslanges Lernen).

Außerdem soll der europäische Arbeitsmarkt stärker integriert werden. EURES, das Netzwerk der europäischen Arbeitsvermittlungen, soll reformiert, die Anerkennung von Berufsqualifikationen erleichtert, Steuerdiskriminierung beseitigt und das Informationssystem zur Übertragbarkeit von Sozialversicherungs- und Rentenansprüchen verbessert werden.

Um die horrende Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen, soll für Jugendliche der Übergang in die Erwerbstätigkeit z. B. in Form von Jugendgarantien verbessert werden, begleitet von

1 Alle 10 Dokumente, die aus Platzgründen hier nicht aufgeführt werden können, sind hier abrufbar (Stand 23. Mai 2012): <http://ec.europa.eu/social/keyDocuments.jsp?policyArea=&type=0&country=0&year=0&advSearchKey=emplpackageswd&mode=advancedSubmit&langId=en&orderBy=docOrder>

„Aktivierungsmaßnahmen“ für junge Menschen und einem „Qualitätsrahmen für Praktika“. Ein Schwerpunkt zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit insbesondere in den Defizitstaaten ist die Erhöhung der Arbeitsmarktmobilität in Richtung der produktiven Zentren wie Deutschland.

Monitoring: Einmischung in die Lohnfindungspolitik

Unter der Überschrift „Monitoring“ will die Kommission die Sozialpartnerschaft auf EU-Ebene nutzen, um zum Zwecke der Anpassung der Lohnkosten an die Produktivität in den Defizitstaaten (innere Abwertung) Einfluss auf die Tarifpolitik zu nehmen – was ihr eigentlich, laut EU-Vertrag, verwehrt ist. „Zwar“, schreibt die Kommission in der Mitteilung auf Seite 25 und ist sich des Widerspruchs offensichtlich bewusst, „steht die Autonomie des Dialogs zwischen den Sozialpartnern außer Frage, und die nationalen Gepflogenheiten werden geachtet (gemäß Artikel 152 und Artikel 153 Absatz 5 AEUV)“. Doch ist die Einmischung in die Lohnfindungsprozesse in den Mitgliedsstaaten längst Teil der neuen wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU. Die Kommission beharrt auf einer makroökonomischen Rahmensetzung für die Tarifpolitik; Die „Sozialpartner [müssten] jedoch entsprechend den Entwicklungen der Überwachungs- und Koordinierungsmechanismen an der Ausarbeitung und Umsetzung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik beteiligt werden. Dazu gehören die Mechanismen zur Festsetzung von Löhnen und Gehältern, da zahlreiche länderspezifische Empfehlungen im Jahr 2011 Lohn- und Gehaltsfragen zum Gegenstand hatten und die Entwicklung der Lohnstückkosten auf einzelstaatlicher Ebene im Zusammenhang mit der Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte überwacht wird.“ Die länderspezifischen Empfehlungen 2012 werden im Rahmen des Europäischen Semesters Ende Juni verabschiedet. Der EGB hat gerade eine Studie veröffentlicht, die die Arbeitsmarktreformen der EU-Länder, die seit 2010 eingeleitet wurden, untersucht. Wesentliche Tendenzen, Förderung atypischer Beschäftigungen, Aufweichung bestehender Kündigungsschutzrechte, Arbeitszeitflexibilisierung und Dezentralisierung der Tarifsysteme.

Investitionen aus dem EU-Haushalt: „Marshall-Plan“ für die EU?

Am 22. Mai 2012 erklärte Wirtschaftskommissar Olli Rehn dem Parlament, der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) der EU 2014 bis 2020 werde der „Marshall-Plan für Europa“ und verwies in diesem Zusammenhang auch auf mögliche zusätzliche Einnahmen von

57 Milliarden Euro aus einer EU-Finanztransaktionssteuer, über die zurzeit zwischen Parlament und Rat verhandelt wird. Ein Vorschlag für die Verwendung dieses Geldes soll im Juni vorgelegt werden. Im Beschäftigungspaket der Kommission spielt der EU-Haushalt eine zentrale Rolle, denn aus ihm sollen die „im Kontext eines Wirtschaftsabschwungs [...] notwendigen Investitionen“ getätigt werden. Beim informellen Gipfel des 23. Mai schlug Kommissionspräsident Barroso den nationalen Regierungschefs auch vor, in den 8 Ländern mit einer Jugendarbeitslosigkeit von über 30 % (Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Portugal, die Slowakei und Spanien) 7,3 Milliarden zur Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Menschen aus dem laufenden Budget 2007-2013 zu investieren.

In der Mitteilung betont die Kommission vor allem die für den europäischen Sozialfonds (ESF) vorgeschlagenen 84 Milliarden Euro, die der Qualifizierung und Eingliederung von Arbeitskräften dienen. Der neue EU-Haushalt soll, zum einen, als Wachstumsinvestition

eng an die Prioritäten der 2020-Strategie gebunden werden, zum anderen aber auch als Hebel für die makroökonomische Steuerung bzw. Konditionierung eingesetzt werden. Das heißt: Wer gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt verstößt, dem werden die Fördermittel gestrichen. Weil vor allem ökonomisch unterentwickelte Regionen (Indikator BIP) Förderung bekommen, wären diese überproportional von einer solchen Regelung betroffen. Sowohl im Parlament als auch im Rat ist dieser Paragraph höchst umstritten. Die Entscheidung über den neuen EU-Haushalt wird Anfang 2013 gefällt.

Auch in der Vergangenheit bestand die EU-Politik keinesfalls ausschließlich aus Spar- und Austeritätsmaßnahmen. Mit dem EU-Haushalt und einigen Maßnahmenbündeln, die jetzt erneut unter dem Titel „Arbeitsplatzintensiver Aufschwung“ vorgestellt wurden, liegen Elemente einer Transferunion vor, die zukünftig zur Förderung wirtschaftlicher Entwicklung betragen könnten und ausgestaltet werden müssten.

Rolf Gehring

Struktur des EU-Haushalts

Der hier abgebildete EU-Haushalt für das Jahr 2011 zeigt, dass die drei großen Haushaltsposten in weiten Teilen für die Infrastrukturentwicklung, Forschung und Arbeitsmarktpolitiken aufgewandt werden.

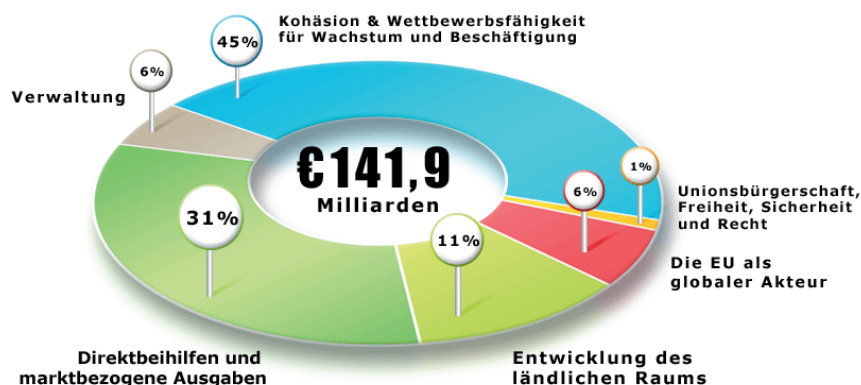
Unter den Titel „Kohäsion und Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung“ fallen zwei Unterpunkte. 1a umfaßt Forschung und Arbeitsmarktpolitiken, insbesondere die Förderung der Mobilität mittels der Programme zum Lebenslangen Lernen (künftig nur noch ein Programm – „Erasmus für alle“). Hier sind zu finden: Forschungsrahmenprogramm (62 %), Programm für Lebenslanges Lernen (10 %), Transeuropäische Netze (8 %), Galileo (7 %). Der Haushaltsposten hatte 2011 ein Volumen von 13 Mrd. Euro.

Unter den Titel 1b fallen Konvergenz (59 % – dieses Ziel strebt die

wirtschaftliche Beschleunigung jener europäischen Staaten und Regionen an, die am wenigsten entwickelt sind), Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung (18 %), Territoriale Zusammenarbeit (2 %), Kohäsionsfonds (21 %). Insgesamt beträgt dieser Haushaltsposten 51 Mrd. Euro

Unter den Titel „Entwicklung des ländlichen Raumes“ fallen unter anderem der Europäische Garantiefonds für die Landwirtschaft (81 % – z. B. Zahlungen für den Ausgleich von natürlichen Standortnachteilen oder wegen Auflagen zum Erhalt der Kulturlandschaft), Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (17 %) – insgesamt 60,3 Mrd. Euro.

Dann gibt es natürlich noch den Agrarfonds, hier titulierte als Haushaltsposten „Direktbeihilfen und Marktbezogene Ausgaben“. Er beträgt 47,6 Mrd. Euro.



Sommerschule der ArGe „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“: von Donnerstag, 2. bis Samstag, 4. August 2012 in Erfurt

Arbeitsteilung, Arbeitsorganisation, Arbeitsmarkt und die Arbeitskraft

Der Kurs Wirtschaft wird im Sommer die im Winter begonnene Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex Arbeitsteilung, Arbeitsorganisation, Arbeitsmarkt fortführen. Unsere Diskussion im Winter führte zu folgender Probelstellung (s.a. Bericht Rolf Gehring, ArGe Rundbrief Nr. 9, http://www.linkekritik.de/uploads/media/20120401_ArGeRS09.pdf):

Das Verhältnis von Person und Stelle im Arbeitsprozess (Die „Arbeit an der eigenen Person“ (Bourdieu) und die „Arbeit für andere“ – (Kant)) weist auf einen anderen Zusammenhang hin, der nicht mit den Untersuchungen zu Milieu und Berufsgliederung erfasst werden kann. Der moderne Arbeitsprozess ist immer stärker von umfangreichen Vorbildungen der Beschäftigten abhängig. Er stellt diese aber nicht zur Verfügung.

Zuständig ist in weiten Teilen das allgemeine Bildungssystem, allerdings als relativ autonomes Feld oder gesellschaftliches Subsystem, das eigene Zielsetzungen ausbildet. Die Bildungsziele werden als allgemeine gesetzt – im positiven Sinne vermutend, dass sie der jeweiligen Person helfen, sich zu einer allgemein gebildeten im modernen gesellschaftlichen Leben bewegungsfähigen Person zu entwickeln (Arbeit an sich selbst).

Die heute benötigten Qualifikation und Kompetenzen im ökonomischen Verwertungsprozess (Arbeit für andere) finden dagegen nicht einfach Eingang in das Bildungssystem. Das Bildungsideal der selbstständigen autonomen Persönlichkeit trifft letztlich aber in Form der einzelnen Person auf einen harten und selektiven Arbeitsmarkt.

Je nach individueller Biographie treten dann „Überqualifikation“, „Fehlqualifikation“, „fehlende Qualifikation“ und am Ende das Etikett „nicht vermittelbar“ auf, alles Ausdrücke für Störungen der Beziehung zwischen Person (als Trägerin des Arbeitsvermögens) und der Stelle (als Komplex gesellschaftlich bestimmter Anforderungen an das Leistungsvermögen).

Wie immer werden wir gemeinsam Texte lesen, die Auswahl ist noch im Gange, Vorschläge sind willkommen. Wahrscheinlich wird es nötig sein, in einem ersten Schritt Rückschau zu halten auf die Interpretation der Fabrikarbeit bei Karls Marx und die Reichweite des damals entwickelten Konzepts von „einfacher“ und „zusammengesetzter“ Arbeit auszuloten. Einen Blick auf die an der Wende zum zwanzigsten Jahrhundert entstehende moderne Industriegesellschaft würden Texte von E. Durkheim zur Arbeitsteilung erlauben. Sodann müsste wir uns ein weiteres Mal mit dem Bourdieusche Konzept von Bildung als Akkumulation von Kulturkapital vergegenwärtigen.

Vordiesem Hintergrund wären parteipoli-

tische Konzeptionen des Bildungsangebotes der öffentlichen Hand, gewerkschaftliche/berufsverbandliche und privatwirtschaftliche Konzeptionen der Definition und Bewertung von Arbeitsleistungen, und schließlich der beruflichen Fortbildung sowie der Umschulung zu diskutieren.

Nähere Angaben zur Literatur in der Juli-Ausgabe der Politischen Berichte. Anregungen und Anfragen bitte an: martin.fochler@freenet.de, Rolf Gehring rgehring@efbh.be, ruediger@loetzer.com

Parteiensystem in Bewegung

Im Sommerkurs Philosophie / Kulturwissenschaften wollen wir uns mit dem Parteiensystem befassen. Es ist offensichtlich, dass das Interesse am Thema „Partei“ auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen eher wächst. Indizien dafür finden sich im bürgerliche Parteienspektrum ebenso wie auf der eher linken Seite: der Vorwurf gegen Merkel aus der CDU, sie verlasse die konservativen Standpunkte, ist systemtheoretisch vergleichbar mit Diskussionen dieser Art in anderen Parteien, auch in der Die Linke: gab es früher viel Sinnstiftendes über ein Bekenntnis – Partei als Bekenntnisgemeinschaft – so scheint heute im Vordergrund zu stehen, dass Parteien Kommunikationsmedien sind. Sie sollen, so eine mögliche These, wichtige Vermittlungsarbeit für gesellschaftliche Entscheidungen leisten. Das geht aber nur, wenn sie sich sowohl im politischen System auskennen als auch in dem Milieu, für das sie stehen. Ist das nicht der Fall, scheitert die Vermittlung, was wiederum rückwirkt auf die Partei, im allgemeinen in der Form, dass sie an Einfluss verliert – sowohl im politischen System als auch in ihrem Milieu.

Diese Diskussion findet auch am Rande der Rosa-Luxemburg-Stiftung statt. Wir bedanken uns ausdrücklich für die einschlägigen Literaturhinweise. Weitere Literaturvorschläge sind willkommen. So können wir anstreben, in der Sommerschule einen Einstieg zu finden in die systematische Befassung mit diesem Thema: Umschauen, was es dazu schon gibt, Kennenlernen von ausgewählter Literatur, u.U. Strukturierung der gesichteten Literatur und Vorbereitung einer Textgrundlage, um vielen einen Zugang zu ermöglichen.

Nähere Angaben zur Literatur in der Juli-Ausgabe der PB. Anregungen und Anfragen bitte an: eva.detscher@web.de

Linkes Konzept der „Europäischen Ausgleichsunion“, rechte Kritik an der „Europäischen Transferunion“, Politik gegenüber beitragswilligen Ländern

Beim Treffen der EU-Finanzminister am 18.09.2011 im polnischen Wroclaw/Breslau hatte die Mehrheit der dort vertretenen Mitgliedstaaten (gegen den seit Jahren hierzu vorhandenen Widerstand Deutschlands) schlussendlich durchsetzen können, dass

nicht nur „Staaten mit exzessiven Leistungsbilanzdefiziten, sondern auch mit ‚exzessiven‘ Überschüssen Gegenstand eines [Sanktionsverfahrens betreffend ‚übermäßige makroökonomische Ungleichgewichte‘]...werden können“ (FAZ, 18.09.2011). Die diesbezügliche Entschließung des Europäischen Parlaments vom 28.9.2011 bekräftigt diese Verfahrensseite wie folgt: „Auch in den Mitgliedstaaten mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen sollten politische Maßnahmen darauf abzielen, die Maßnahmen zu ermitteln und durchzuführen, mit denen diese Staaten ihre Binnennachfrage und ihr Wachstumspotenzial steigern können“ (<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP/T...>).

Gegenüber der – u. a. hier deutlich werdenden – widerstreitenden Interessenlage innerhalb der EU ist Die Linke mit ihrem Konzept einer „Europäischen Ausgleichsunion“, das wir im Rahmen des Kurses bereits im vergangenen Sommer diskutiert haben, nicht unklug aufgestellt. Dieses Konzept stützt sich auf das von John Maynard Keynes (GB) in der ersten Hälfte der 1940er Jahre entwickelte weltwirtschaftliche System zum Ausgleich von Leistungsbilanzungleichgewichten, das ebenfalls mit Sanktionen in beide Richtungen ausgestattet sein sollte – das aber in den abschließenden Verhandlungen von Bretton Woods (1944) aufgrund des US-amerikanischen Widerstands nicht realisiert werden konnte. Wir wollen nunmehr in der diesjährigen Linken Sommerschule auf Basis entsprechenden Materials folgende drei Fragestellungen erörtern:

Erstens. Welche mittel- bis langfristigen Implikationen birgt dieses Konzept für die beiden hierin zusammenhängend angesprochenen Hauptsachen der deutschen Überschüsse – die spezifische Lohnstruktur und die spezifische Industriestruktur? Zweitens. Im konservativen bis rechtsextremen Lager wird der Begriff der Ausgleichsunion ebenfalls verwendet – allerdings kritisch bzw. polemisch zugespitzt auf die „EU als Transferunion“. Welcher Art bzw. welchen Umfangs waren/sind eigentlich wirklich die Transferzahlungen innerhalb der EG/EU? Drittens. Die „mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Defizitländer“ wird immer wieder auf die unzureichende Vorbereitung bzw. Anpassung der eigenen Volkswirtschaft vor ihrem Beitritt zurückgeführt. Inwiefern war (von 1951 [EGKS] bis heute) Bedachtnahme auf solche Anpassung der Fall – und inwiefern nicht? Sowie: Welcher Art sind die (noch) bestehenden Möglichkeiten einer Anpassung – etwa im Zuge binnenwirtschaftlich notwendiger Anpassungen?

Zu allen diesen Punkten wird für den Kurs Internationale Politik ein Material-Reader zusammengestellt. Als Vorweglektüre wird empfohlen: Axel Troost/Philipp Hersel – „Solidarisches Miteinander statt ruinöser Wettbewerb. Europäische Ausgleichsunion“ – in: Sozialismus 12/2011, S. 25ff.